

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftleiter:  
J. Z. Dr. I. Geyer  
Telefon: Karl-Liebknecht-Platz 4/5



Stellen für Verlag und Redaktion:  
Berlin O 20 61, Zehn-März-Platz 6  
Telefon: Copation

Die Fortsetzung erfolgt im Colporteur.  
Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme beträgt 4 Bogen  
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vermerkt. ©. Copyright für alle Teile © Berlin.

Berlin, den 24. Mai 1930

## Die Arbeitskrise in USA.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. New York, Mitte Mai (Eig. Bericht)

Die Hoffnungen, mit denen die Millionen amerikanischer Arbeitsloser auf den Frühling gewartet haben, sind bitter enttäuscht worden. Bis auf eine leichte Saisonbesserung in den Bauindustrien ist die Lage auf den amerikanischen Arbeitsmärkten fast unverändert geblieben. Trotz aller offiziellen Beschwichtigungsversuche kann nicht oft und nicht scharf genug vor einem unberechtigten Optimismus in der Beurteilung der amerikanischen Wirtschafts- und Arbeitslage gewarnt werden. Jetzt, wo die bitteren Härten des Winters vorbei sind, gehört die Krise, wenn man den überaus vorsichtig formulierten Worten der leitenden Bundesbehörden glauben darf, natürlich endgültig der Vergangenheit an. Wenn in bundesamtlichen Kreisen heute von Arbeitslosigkeit gesprochen wird, so nur in Rückblicken, mit einem sentimental Bedauern und dem Wunsche, dass so etwas im "Lande der Freien und Gleichen" nicht wieder vorkommen darf. Mit diesen frommen Wünschen erschöpft sich aber auch alles.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Ohne weiteres soll zugestanden werden, dass die Gesetzentwürfe des Senators Wagner, die die Billigung des Bundessenats gefunden haben, den Weg für eine bessere Zukunft bahnen. Wo dichte Scharen Arbeitsloser brot- und obdachlos auf den Strassen herumstehen, wo private Arbeitsvermittlungsbüros Rieseneinkünfte aus den letzten Cents dieser Hilflosen ziehen, wo Entlassungen der neu Eingestellten nach wenigen Tagen zu den Selbstverständlichkeiten gehören, um den Agenturen und den mit ihnen verbündeten Betriebsvornern neue Verdienstmöglichkeiten zuzuschauen, ist die Schaffung einer Arbeitslosengesetzgebung nichts weiter als das Zugeständnis, dass es mit dem alten Schlendrian nicht weiter geht. Die Gesetze sehen neben der Bereitstellung eines Arbeitslosenfonds von 150 Millionen Dollars die Schaffung kostenloser Arbeitsnachweise und eines Bundesamts zum Studium der Arbeitslosigkeit vor.

Aber über diese gesetzlichen Massnahmen hinaus ist das Interesse der Nation an den Arbeitsproblemen nur akademisch und erschöpft sich in langatmigen Konferenzen und nichtsasagenden Bulletins. Es ist eine bittere Ironie, dass das reichste Volk der Welt und seine Amtsstellung diesen Problemen hilflos gegenüber stehen und sich mit ihnen wie mit einer gottgegebenen Tatsache abfinden. Die Resultate sind trotz aller Lobgesänge auf die amerikanische Wirtschaftstüchtigkeit, aller Beratungen und aller amtlichen Beruhigungsdosen auch danach. Das statistische Bundesamt bezifferte die amerikanische Arbeitslosenarmee Ende April auf fünf Millionen Menschen und das statistische Amt der Harvard-Universität gar auf sechs bis sieben Millionen. Bei dem völligen Mangel an Hilfsmassnahmen für die Arbeitslosen schliessen diese Ziffern, wie hoch sie auch in Wirklichkeit sein mögen, ein ungeheures Mass Elend und Not in sich ein. Im Angesichte dieser Dinge überraschte dasselbe statistische Bundesamt die amerikanische Öffentlichkeit mit der Feststellung, dass sich die Arbeitslosigkeit im April um einen, sage und schreibe einen Prozent gesenkt habe. Nach den Berichten der Leiterin des Arbeitsdepartements des Staates New York, Miss Perkins, entspricht diese lächerlich ge-

ringe Besserung nicht einmal den Tatsachen. Vom Oktober, das ist von der Zeit der sensationellen Börsenkrachs mit ihren katastrophalen Auswirkungen, bis zum März ist die Anzahl der im Staate New York beschäftigten Arbeiter um über 10 % gesunken und im April fiel diese Beschäftigungsziffer noch um weitere 1,5 bis 2 Prozent. Die Berichte stützen sich auf die monatlichen Ziffern von 700 führenden New Yorker Fabrikbetrieben, geben einen guten Durchschnitt der allgemeinen Lage und zeigen deutlich, dass nicht nur keine Besserung, sondern eine ausgesprochene Verschlechterung im führenden Staate der Union zu verzeichnen war.

Zollkomplikationen und die allgemeine wirtschaftliche Unrast werfen ihre Schatten auf diesen unbefriedigenden Zustand der Dinge. Ueberdies darf nicht außer Acht gelassen werden, dass einzelne Industrien wie die Kohlenindustrie schon seit Jahren ähnlich der englischen schwere Krisen durchmachen, die sich natürlich zuerst auf die Arbeiter auswirken. Die Schwierigkeiten der Kohlenindustrie werden zudem durch die technische Entwicklung gefördert, die mit jedem Tage mehr und mehr Leute auf die Strasse wirft. Ein Beispiel dieser unerhörten maschinellen Entwicklung mag genügen. Die Butler Consolidated Coal Company hat soeben nach zwei Jahren die Umstellung einer ihrer Gruben bei Pittsburgh auf maschinelle Kräfte vollendet und damit einen Betrieb geschaffen, der die ganze Welt mit Steinen vor dieser Leistung erfüllen muss. Vom Schlagen der Kohle in den tiefen Schächten bis zu ihrer Förderung über Tage und ihrer Verladung ist alles eine einzige Maschinenkette, ein technisches Wunderwerk, ein riesiges Spielzeug aus dem amerikanischen Maschinenbaukasten. Der Film des maschinellen Kohlenbergwerkes wird dem kommenden amerikanischen Bergbaukongress mit allem nötigen Drum und Dran vorgeführt werden.

Unnötig, darauf hinzuweisen, dass diese Entwicklung mit der Arbeitskraft junger und alter Bergarbeiter bezahlt wird. Bei einer Belegschaft von 350 Mann wird sich die bisherige durchschnittliche Förderungsleistung um fast das Fünffache steigern, was natürlich wieder zur Entlassung des grössten Teils der Belegschaft führen muss. Aber die verbleibenden Arbeiter sind ja keine Bergleute mehr sondern nur noch Mechaniker, die für das ungestörte Arbeiten der Maschinerie zu sorgen haben. Die von Maschinen gehauene Kohle wird überhaupt nicht mehr mit der Hand bedient, sondern in einem bis ins Kleinste durchdachten Vorgang gefördert, verteilt, nach den verschiedenen Graden und Grössen sortiert und endlich auf die bereitstehenden Waggons verladen. Die Beladung eines Fünf-Tonnen-Waggons nimmt bei gleichzeitiger Aussortierung der nicht gewünschten Grade und Grössen nur noch wenige Minuten in Anspruch. Die Produktion kann auf diese Weise beliebig gesteigert werden, wobei nicht ganz verständlich ist, was eigentlich mit dieser Superproduktion angefangen werden soll. Das laufende Band Fords ist auch im Bergbau Wahrheit geworden, der Grubenarbeiter wie sein Kollege über Tage nur noch ein willenloser Sklave der allmächtigen Maschine.

Der neuartige Maschinenbetrieb hat der Gesellschaft die runde Summe von 4 Millionen Dollar gekostet, die natürlich irgendwo wieder eingebracht werden müssen. Das einzig Versöhnende ist, dass durch die alles überschattende Sorge um das Wohlergehen der Maschine auch das Leben der Bergarbeiter viel gesicherter als ehedem erscheint. Hier ist das Paradox Wahrheit geworden, dass die Maschine die Unternehmer zu grösseren Sicherheitsmassnahmen zwingt als sie je der Arbeiterschaft freiwillig zugestanden hätten. Wie jedoch in diesem rasenden Entwicklungsprozess der um sich greifenden Arbeitslosigkeit Einhalt geboten werden kann ist etwas, worauf die führenden Staats- und Wirtschaftshäupter Amerikas ausser billigen Phrasen von Ueberleitung in andere Industrien keine Antwort wissen.

-----

SPD. Ueber die Höhe des Defizits im Reichshaushaltsplan ist man sich innerhalb des Reichskabinetts selbst bis jetzt nicht klar. Das Reichsfinanzministerium berechnet das voraussichtliche Defizit mit 737 Millionen Mark.

-----

SPD. In der Sonnabendsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde der Haushalt des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete beraten.

Abg. Kirschmann (Soz) hob die Tatsache hervor, dass am 1. Juli das Rheinland frei werden wird. Dieser Erfolg sei nicht herbeigeführt durch die Politik, die der gegenwärtige Minister betrieben habe, sondern sei das Ergebnis der Politik, die seit mehr als einem Jahrzehnt, von der Sozialdemokratie, gleichviel, ob sie in der Regierung oder in Opposition war, durchgeführt worden ist. Nur wenn der Minister sich zu der Überzeugung durchgerungen habe, dass diese Politik die richtige gewesen sei, wird er seine jetzige Aufgabe gut durchführen können. Es sei zu begrüßen, dass der Reichspräsident den Wunsch ausgedrückt habe, dass die Befreiungsfeiern in einfachster Weise vor sich gehen sollen. Soweit die Regierung einen Einfluss ausüben könne, müsse dafür gesorgt werden, die Befreiungsfeiern im inoffiziellen Teil nicht zu endlosen Karnevalsfeiern werden zu lassen. Der Freiheitsbegriff der Masse der rheinländischen Bevölkerung erschöpfe sich aber nicht in der politischen Befreiung von der Besetzung, sondern schliesse auch die soziale Befreiung ein, d.h. sie verlangt, dass auch die sozialen und wirtschaftlichen Fesseln abgestreift werden können. Die Sozialdemokratie verlangt zu diesem Zweck keine uferlose Subventionspolitik im Westprogramm, aber es müsse für das Rheinland der Zustand hergestellt werden, der ohne die Besetzung für die rheinischen Menschen und für die rheinische Wirtschaft bestanden hätte. Die Sozialdemokratie habe einen Antrag gestellt, dem Reichspräsidenten aus Anlass der Befreiung einen Fonds zu einer sozialen Hilfsaktion für Kinder zur Verfügung zu stellen. Er hoffe auf Annahme. Er bitte den Minister um nähere Auskunft, wie das Westhilfsprogramm finanziert werden soll. Soll das ausschliesslich durch Verwertung der Immobilien geschehen? Die Saargängernot werde immer grösser. Mit den im Etat vorgesehenen Beträgen könne man nicht auskommen.

Der volksparteiliche Abg. Dr. Cremer erblickte in der Tatsache der Übernahme des Ministeriums durch den Minister das Eingeständnis, dass die Stresemannsche auswärtige Politik die richtige gewesen sei und er hoffe, dass bei den Befreiungsfeiern die Tätigkeit Stresemanns und aller Parteien, die diese Politik betrieben haben, gebührend gedacht werden würde.

Reichsminister Treviranus erklärte, der genaue Zeitpunkt, wann das Ministerium aufgelöst werde, stehe noch nicht fest. Der Abbau des Ministeriums sei aber in vollem Gange und es würden die grössten Bemühungen gemacht, alle Beamten, Angestellten und Arbeiter unterzubringen. Verhandlungen mit Preussen dieserhalb würden in der nächsten Woche aufgenommen. 800 000 Mark für Übergangsmassnahmen für ältere Arbeiter, deren Unterbringung naturgemäss am schwierigsten sei, wären vorgesehen. Über die Verwertung der freiwerdenden Immobilien werde dem 19. Ausschuss Richtlinien vorgelegt. Es sei beabsichtigt, den Gesamtbesitz in eine Bau- und Bodenbank einzubringen, die zunächst 40 Mill. Mark aufnehmen solle. Wegen des Abbruchs der Luftschiffhallen seien eingehende Verhandlungen mit der französischen Behörde geführt worden, diese habe ihren Anspruch aber auf den § 202 des Friedensvertrages gestützt und es seien keine Erleichterungen erreicht worden. Der französische Oberkommissar habe im die endgültigen Termine für die Räumung der einzelnen Bezirke mitgeteilt. Bis zum 31. Mai würden z.B. Zweibrücken, Speyer, Ludwigshafen, Worms geräumt sein. In dem Ergänzungsetat werde die Saargängerunterstützung von 3 Mill. auf 7,5 Mill. erhöht. Auch eine Erhöhung des Fonds für kulturelle Fürsorge sei vorgesehen. Das Ziel der Politik aller Parteien bezüglich des Rheinlandes sei die Befreiung der Rheinlande gewesen, verschieden die Wege, auf denen man dieses Ziel zu erreichen hoffte. Jetzt sollte man sich einigen in der Freude, dass das Ziel erreicht ist, wenn es auch tief bedauerlich sei, dass das Schicksal des Saargebiets noch nicht entschieden sei.

In der fortgeführten Debatte setzte sich Abg. Sollmann (Soz) für die Sicherstellung der durch die Befreiung der besetzten Gebiete in ihrer Existenz bedrohten Arbeiter, Angestellten und Beamten der betreffenden Behörden ein.

Dem Abbau des Ministeriums widerspreche eigentlich die Tatsache, dass Staatssekretär Schmid wieder in das Ministerium berufen worden sei. Wie stehe der Minister zum Stahlhelmverbot? Militärische Übungen bedrohten die Ruhe der entmilitarisierten Zone. Sollmann wendet sich gegen die Fortdauer besonderer Organisationen für die staatsbürgerliche Aufklärung über die Grenzlande. Das müsse die Reichszentrale für Heimatdienst übernehmen. Auch ein Grenzlandministerium dürfe nicht geschaffen werden. Die deutschen Arbeiter hätten allen Grund, sich mitzufreuen, dass endlich die Fahne des fremden Militarismus auf deutschem Boden niedergeholt werde. Das sei ein Erfolg gerade auch der Arbeitmassen am Rhein, denen oft genug schlecht gedankt worden sei. Die Befreiung der Rheinlande sei ein Sieg der demokratischen Republik.

---

SPD. Reichsinnenminister Dr. Wirth hat an den leitenden thüringischen Minister Baum ein weiteres Schreiben gerichtet, in dem er zu der Ernennung zweier nationalsozialistischer Polizeibeamten Stellung nimmt. Der Brief hat folgenden Wortlaut :

"Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 22. Mai 1930 beehre ich mich im Folgenden zu der Frage der in Aussicht genommenen Besetzung von wichtigen Beamtenstellen in der thüringischen Polizei, deren Erörterung ich mir vorbehalten hatte, Stellung zu nehmen :

Ich muss bedauern, auch in diesem Punkte den Standpunkt des thüringischen Staatsministeriums nicht teilen zu können. Wenn ich in meinem Schreiben vom 12. Mai die Frage, ob Angehörige der Nationalsozialistischen Partei überhaupt Beamte sein können, gestreift habe, so ist dies, wie ich auch hervorgehoben hatte, geschehen, um die Bedenken zum Ausdruck zu bringen, die schon aus allgemeinen beamtenrechtlichen Gründen erhoben werden könnten. Diese Frage kann jedoch vorerst unerörtert bleiben, da ich der Auffassung bin, dass die Einstellung von Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei in die Polizei den mit den Ländern vereinbarten Grundsätzen für die Gewährung eines Reichszuschusses für polizeiliche Zwecke widerspricht. Die Ziffer 6 dieser Grundsätze hebt ausdrücklich hervor, dass die Länder verpflichtet sind, geeignete Massnahmen dahin zu treffen, dass der unpolitische Charakter der Schutzpolizei als Ganzes wie auch das unpolitische Verhalten des einzelnen Beamten im Dienst unbedingt gewährleistet ist. Diese Voraussetzung für die Gewährung von Reichszuschüssen ist in der wohlwollenden Absicht aufgestellt, in der Schutzpolizei ein unbedingt verfassungstreu und zuverlässiges Instrument der republikanischen Staatsgewalt zu wahren. Dies gilt nicht allein für die Länder, sondern laut Ziffer II 4 der Grundsätze auch für die Bereitstellung polizeilicher Hilfe für das Reich. Die Verhältnisse sind in dieser Beziehung nicht anders als bei der Reichswehr. Es widerspricht hiernach meines Erachtens der in Ziffer 6 der Richtlinien aufgestellten Forderung, wenn in Weimar die Polizeidirektorenstelle von einem Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei besetzt und ihm überdies ein der gleichen Partei angehörender Regierungsrat beigegeben wird. Für mich steht es zweifellos fest, dass nach dem eindeutigen Wortlaut der Ziffer 1 der Grundsätze das beabsichtigte Vorgehen der thüringischen Regierung die mehrfach erwähnten Grundsätze verletzt. Da ich aber aus dem bisherigen Schriftwechsel entnehme, dass die thüringische Regierung diesen Grundsätzen eine andere Auslegung gibt, und da ich Wert darauf legen muss, dass diese Grundsätze so klar gefasst werden, dass Meinungsverschiedenheiten für die Zukunft ausgeschlossen bleiben, so habe ich mich entschlossen, zum Zwecke der Feststellung einer einheitlichen Interpretation dieser Grundsätze die beteiligten Landesregierungen auf Mittwoch, den 28. Mai 1930, vormittags 10 Uhr, im Saal 116 meines Ministeriums zu einer Besprechung einzuladen, zu der ich auch die thüringische Regierung ergebend einlade. Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Ihr sehr ergebener gez. Dr. Wirth."

---

SPD. Das thüringische Kabinett hat am Sonnabend beschlossen, die Schulgebetsverordnung des Herrn Frick trotz der ausdrücklichen Forderung des Reichsinnenministers nicht zurückzuziehen. Der Konflikt zwischen Reichsregierung und thüringischem Kabinett ist demnach in der Frage der Schulgebete offen. Der Reichsinnenminister wird nun den Staatsgerichtshof anrufen.

Auch in der Frage der Besetzung von leitenden Polizeistellen mit Hakenkreuzlern hat sich der Konflikt wieder zugespitzt. Die Ernennung von Nationalsozialisten zu Polizeileitern bedeutet einen Affront gegen den Reichsinnenminister. Nicht allein Herr Frick, sondern vor allem auch Herr Baum hat ein unwürdiges Versteckspiel getrieben. Der Reichsinnenminister ist mit Zusicherungen hingehalten worden, bis die Ernennungen erfolgt sind. Herr Wirth wird nun energisch. Er droht mit der Sperre der Polizeizuschüsse. Er konnte die Sperre aus eigener Machtvollkommenheit sofort verhängen, das Recht der Interpretation der Richtlinien über die Polizeizuschüsse liegt durchaus bei ihm. Herr Wirth hat jedoch vorgezogen, eine Länderkonferenz einzuberufen, um dort die Interpretation der Richtlinien wie die Frage, ob Nationalsozialisten Polizeibeamte sein können, zur Diskussion zu stellen. Man kann annehmen, dass Herr Wirth wünscht, sein Vorgehen auf die breiteste Grundlage zu stellen und die Frickregierung in Thüringen politisch zu isolieren.

Wenn auch die Länderkonferenz schon am kommenden Mittwoch stattfinden soll, so bedeutet dieser Weg dennoch Zeitverlust. Ebenso wie die Anrufung des Staatsgerichtshofs in der Frage der Schulgebete. Dieser Mechanismus von Reichsmassnahmen kommt nur langsam in Gang und erfordert Zeit zu seiner Wirkung. Inzwischen kann die Zersetzung der thüringischen Polizei durch die Nationalsozialisten des Herrn Frick lustig weiter gehen. Das neue Schreiben des Reichsinnenministers hat den Vergleich zwischen Reichswehr und Polizei gezogen. Warum wird gegen die Zersetzungsarbeit der Hakenkreuzler in der thüringischen Polizei nicht ebenso drastisch eingegriffen wie gegen die Zersetzungsarbeit in der Reichswehr?

Im Endeffekt wird Reichsinnenminister Wirth zurückgreifen müssen auf die Massnahmen, die bereits Severing verhängt hatte. Aber Herr Wirth hat durch sein Zögern, durch seine Vertrauensseligkeit gegenüber den zweideutigen thüringischen Zusicherungen den Hakenkreuzlern in Thüringen Zeit und Chancen gegeben, um sich Machtpositionen zu schaffen und ihre Agitation mit staatlicher Hilfe auszubreiten. Der Langmut des Reichsinnenministers Dr. Wirth nach dem energisches Zufassen Severings ist der Autorität des Reiches nicht sehr zuträglich gewesen und hat auf das Vertrauen der Republikaner nicht sehr stärkend eingewirkt.

Bei allen derartigen Versuchen staatsfeindlicher Gruppen, mit Hilfe staatlicher Machtstellungen ihren hochverräterischen Kampf gegen die Reichsverfassung vorzubereiten, muss vom Reich aus energisch und vor allem rasch zugegriffen werden. Es könnte sich sonst bei den Putschisten die Meinung festsetzen, dass das Spiel, das von 1920 bis 1923 in Bayern getrieben wurde, auch heute wieder möglich sei. Herr Frick hat seine Erfahrung mit diesem Spiel. Er weiss, wie damals das Zaudern der Reichsregierung und das Zurückschrecken vor energisches Massnahmen es den Putschisten ermöglicht hat, eine Ungesetzlichkeit und Verfassungswidrigkeit der anderen nachfolgen zu lassen. Das war die Methode des Zurücktretens der vorhergehenden Verfassungsbrüche hinter den jeweils neuesten Verfassungsbruch. Längeres Zögern der Reichsregierung müssten in diesem erfahrenen Putschisten den Eindruck hervorrufen, dass das Spiel schon wieder lustig in Gang sei und dass er demnach alles riskieren könne!

SPD. Der Ständige Ausschuss des preussischen Landtags beschäftigte sich am Sonnabend Nachmittag mit der Vorlage einer Notverordnung über die Erhöhung der Grundvermögenssteuer. Bekanntlich war der Gesetzentwurf, der die Erhöhung aussprach wegen der Obstruktion der Oppositionsparteien nicht zur Annahme gelangt.

Die Notverordnung, die sich mit dem Inhalt der gescheiterten Gesetzesvorlage deckt, wurde mit 16 Stimmen der Regierungsparteien gegen 13 Stimmen der Opposition unverändert angenommen.

-----  
SPD. Köln, 24.Mai (Eig.Drahtb.)

Der "Rheinischen Zeitung" wird aus Berlin von unterrichteter Seite geschrieben :

"Am 23.Mai ging es in der Sowjetbotschaft in Berlin, Unter den Linden, wieder einmal hoch her. Lange Reihen von Luxusautos hielten vor dem Portal. Sie hatten die Industrie- und Bankkönige sowie die Führer der reaktionären Parteien in das Hauptlager der russischen Kommunisten geführt, z.B. Herrn Bücher, Direktor der AEG, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der deutschen Industrie, Herrn Hummel von der JG Farbenindustrie, Direktor Guttman von der Deutschen Bank, Generalkonsul Fischer, Aufsichtsrat von 14 Aktiengesellschaften, den Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz, natürlich auch die Herren von der Heeres- und Marineleitung, denen die Kommunisten im Reichstag ihr schärfstes Misstrauen ausgesprochen haben, ferner die Herren Hergt, von Guérard, Reichskanzler Brüning, Finanzminister a.D. Reinhold und wie die "Lakaien der kapitalistischen Gesellschaft" alle heissen. Nahezu 90 Personen mit ihren Damen erhielten vom Botschafter Krestinski und seinen allerröttesten Genossen, z.B. dem stellvertretenden Volkskommissar für Aussenhandel aus Moskau, ein Mahl vorgesetzt, von dem sich die Arbeiter und Bauern in Russland nichts träumen lassen. Das Essen bestand aus Kaviar, Hühnersuppe, Rheinlachs, Eisbombe mit frischen Erdbeeren und Käsestangen, dazu 5 Sorten Wein und 5 Sorten Schnäpse: Erst Cherry Brandy, dann Kaukasus-Wein, dann Rheinwein, zum Braten französischer Burgunder, zu den Süsspeisen Sekt und nach dem Kaffee Bier und die Schnäpse erlesenster Art. Kurz, ein Beispiel von proletarischer Lebenskunst im bolschewistischen Palast. Alle politischen Richtungen fanden sich ein - nur die deutschen Kommunisten durften das klassenbewusste Schauspiel nicht sehen. Von ihnen war keiner geladen."

-----  
SPD. Paris, 24.Mai (Eig.Drahtb.)

In der Sonnabendsitzung des Postgewerkschafts-Kongresses wurden hauptsächlich technische Probleme beraten. Am späten Nachmittag findet eine nicht-öffentliche Kommissionssitzung statt, in der die Gehaltsfragen und die Beziehungen zur Regierung erörtert werden. Die Möglichkeit eines Streiks scheint vorläufig vermieden, da die Post aller Wahrscheinlichkeit nach die Antwort Tardieus auf die sozialistische Interpellation, die gleich nach dem Wiederzusammentritt der Kammer Anfang Juni erfolgen dürfte, abwarten wird.

-----  
SPD. Paris, 24.Mai (Eig.Drahtb.)

Ein schwerer Sturm ging am Freitag abend über Paris nieder. Durch einen wolkenbruchartigen Regen wurden zahlreiche Telefonleitungen in den Vorstädten beschädigt. In der Stadt selbst wurden über 200 Telefonanschlüsse ausser Betrieb gesetzt.

SPD. Paris, 24.Mai (Eig.Drhtb)

Die Internationale Bankier-Konferenz hat am Sonnabend vormittag ihre Arbeiten fortgesetzt. Die Beratungen nahmen einen so günstigen Verlauf, dass man hofft, sie bereits am Montag abschliessen zu können. Um bis zu diesem Tage fertig zu werden, haben die Bankiers auf ihr Weekend verzichtet und werden auch am Sonntag eine Sitzung abhalten.

-----

SPD. Paris, 24.Mai (Eig.Drahtb.)

Die sozialistische "Lumiére" veröffentlicht am Sonnabend aufsehenerregende Einzelheiten über die seltamen Vorgänge vor Erteilung des Befehls zur Rheinlandräumung. Wie bekannt, schien es noch bis zur letzten Minute am Tage der offiziellen Ingangsetzung des Youngplanes (Sonnabend, den 17.Mai) fraglich ob die Räumung ohne Verzögerung durchgeführt werden wird. Das Blatt schreibt über diese Vorfälle:

"Ein richtiggehendes Komplott war geschmiedet worden. Seine Führer hatten den Hintergedanken, die Räumung um einige Wochen hinauszuzögern, um dadurch zu beweisen, dass sie alle von Frankreich eingegangenen Verträge missachteten und indem sie die feierlichen Versprechungen, die Frankreich im Haag abgab, einfach über den Haufen werfen wollten, angesichts der ganzen Welt die Politik der deutsch-französischen Annäherung brutal abubrechen. So sinnlos eine solche Politik auch wäre, die Taktik ihrer Inszenierung war sehr geschickt. Wir wissen aus zuverlässiger Quelle, dass seit drei Monaten der Oberkommandierende der Rheinarmee wiederholt seine Vorgesetzten im Kriegsministerium darauf aufmerksam gemacht hatte, dass es notwendig sei, ihm rechtzeitig den Befehl zum Beginn der Räumung zu erteilen, wenn man auf die Innehaltung des Termins vom 30.Juni Wert lege. Unter irgendwelchen formalen Ausflüchten haben jedoch die betreffenden Instanzen auf die Warnungen nicht reagiert. Sie haben in der Armee selbst einen wertvollen Helfer ihrer Sabotagepolitik in den Offizieren gefunden, die, wenn nicht aus politischen Motiven, so doch aus persönlichen Gründen eine Hinauszögerung der Besetzung für äusserst wünschenswert hielten, da ihr Dienst im besetzten Gebiet sowohl angenehmer als auch einträglicher war als jemals in Frankreich selbst."

Nachdem das Blatt betont, dass diese Hindernisse heute als überwunden zu betrachten sind und die Räumung unter allen Umständen bis zum 30.Juni durchgeführt werden müsse, schliesst es seine bemerkenswerten Enthüllungen mit einem scharfen Angriff gegen Kriegsminister Maginot, der es im Jahre 1927 als ein Verbrechen bezeichnet hatte, das Rheinland vor dem vereinbarten Termin von 1935 zu räumen.

-----

SPD. Haifa, 24.Mai (Eig.Drahtbl)

In Damaskus erfolgte die Oktroyierung der syrischen Verfassung durch Oberkommissar Pomsot sowie der Abschluss der französisch-syrischen Konvention, die einen 30jährigen Bündnisvertrag beider Länder vorsieht. Der Schritt ruft starke Bedenken bei der syrischen Opposition hervor wegen der Einschränkung der Befugnisse des Völkerbundes in Syrien, da mit der Annahme des Vertrages das Mandatsverhältnis aufhört.

-----

SPD. Stambul, 24.Mai (Eig.Drahtb.)

Die türkische Regierung hat mit dem schwedischen Zündholztrust einen Anleihevertrag über 15 Millionen Dollar abgeschlossen. Der Vertrag sieht die Vergabung des türkischen Zündholzmonopols an den Kreugertrust auf 10 Jahre vor.

-----

SPD. München, 24. Mai (Eig. Drahtber.)

Als zu Beginn dieses Jahres Einzelheiten über die Pensionierung des früheren Reichspostministers Stingl, eines prominenten Vertreters der Bayrischen Volkspartei bekannt wurden, prägte der Volkswitz das Wort, es stincke zum Himmel. Gemeint waren damit Vorteile, die bisher noch keinem in den Ruhestand tretenden Beamten gewährt worden sind. Die Reichspost kaufte in einem vornehmen Stadtteil Münchens eine Villa mit Park, in der der Reichspostminister für einen lächerlich geringen Preis samt Schwiegersohn und Hausmeister wohnte. In die Villa war zuvor noch eine Heizung von 73 000 Mark eingebaut worden. Ferner sicherte sich Stingl einen Freifahrtsschein für das gesamte Reichsbahngebiet Bayerns und Befreiung von postalischen Zustellgebühren. Der Unwille, den diese Dinge in weitester Öffentlichkeit auslöste, veranlasste den ehemaligen Reichspostminister schleunigst, auf seine Villenwohnung zu verzichten. Am 1. Juli bezieht er eine Privatwohnung.

Ein Münchener Sonntagsblatt weiss nun wieder neue Dinge über die Pensionierung Stingls zu erzählen, die, wenn sie der Wahrheit entsprechen, Grund zur Empörung geben. Reichspostminister Stingl wurde im Dezember 1926 mit 80 % seines Gehaltes, das waren 25 000 Mark, pensioniert. Dazu kam noch der gesamte Wohnungsgeldzuschuss (trotz der billigen Villenwohnung) und 3 % vom örtlichen Sonderzuschuss. Ausserdem hatte er sich aber, wohl in Vorahnung der bevorstehenden Besoldungsreform, einen Vertrag erwirkt, der ihm jeweils die Pensionierung eines aktiven Reichsministers sichert. Auf diese Weise profitierte Stingl durch die Besoldungsreform vom 1. Oktober 1927 nicht weniger als 5 000 Mark, obwohl im neuen Besoldungsgesetz ausdrücklich bestimmt ist, dass eine Erhöhung nur derartiger Pensionen erfolgt, die 12 000 Mark nicht übersteigen. Stingl bestand aber auf seinem angeblich von drei Reichskanzlern garantierten Vertrag und man fand schliesslich keinen anderen Ausweg, als seinen Anspruch aus dem Unterstützungsfonds des Reichspräsidenten, aus dem in der Regel nur Invaliden, Kleinrentner, Witwen und Waisen unterstützt werden, zu befriedigen. Es wird dringend notwendig sein, dass die zuständigen amtlichen Stellen sich zu diesen Behauptungen äussern.

---

SPD. Kiel, 24. Mai (Eig. Drahtb.)

Seit einiger Zeit marschierten allabendlich die Nationalsozialisten in einem Trupp von 40 bis 50 Mann durch die Strassen Kiels. Ihr Verhalten dabei war, wie üblich, durchaus provokatorisch. Ihnen folgte in der Regel ein spontan gebildeter Zug Kommunisten und die Polizei hatte nicht geringe Mühe, die Haufen voneinander fernzuhalten. Trotzdem kam es nunmehr zu einer Schlägerei, bei der mehr als 12 Personen verletzt wurden und eine Anzahl Kommunisten und Nationalsozialisten verhaftet werden mussten. Auch bei der Reinigung der Strasse durch die Polizei benahmen sich die Nationalsozialisten überaus provozierend, sodass es in der Tat nur der Besonnenheit der Polizei zu danken ist, dass ernstere Zwischenfälle vermieden werden konnten.

---

(Schluss des politischen Teils.-- Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)



## Wirrwarr in Bayern.

SPD. Seit Wochen schleicht in den Stuben der bayerischen Regierung und ihrer Parteien die Krise des Zerfalls umher. Begonnen hat sie mit der verfassungswidrig verspäteten Vorlage des Staatshaushalts für 1930, in dem das ganze Finanzelend der königlichen Orgesch-Republik zum Vorschein gekommen ist. Jahr um Jahr seit 1925 überschuldete die Bürgerblockregierung Held das wirtschaftlich schwächste deutsche Land, wie sie es selbst nennt, mit immer neuen Fehlbeträgen in den Haushalten, sodass jetzt neben dem fast 300 Millionen fundierter Schulden eine schwebende Schuld von über 130 Millionen auf ihm lastet und seine Kreditfähigkeit erschöpft ist. Der übertriebene Selbständigkeitswille drohte so zur Farce zu werden, weshalb der Finanzminister keinen anderen Ausweg mehr sah, als einen neuen Etat vorzubereiten, der wenigstens nach aussen hin den Eindruck machte als sei er abgeglichen. Zu Hilfe kam ihm zunächst der Finanzausgleich der Brüning-Schiele-Regierung, aus dem er über 25 Millionen schöpfen konnte. Dann verschob er 10 Millionen der staatlichen Wohnungsbaudarlehen vom ordentlichen in den ausserordentlichen Haushalt, desgleichen den ganzen Aufwand für den Strassenbau, kürzte zahlreiche Positionen um kleinere Beträge mit dem Ergebnis, dass er bei 857 Millionen Gesamtausgaben immer noch einen Fehlbetrag von 22 Millionen hatte.

Zu seiner Deckung erfand der Finanzminister nun die neue Verbrauchersteuer auf das Schlachtvieh. Aber da versagte ihm eine Regierungspartei die Gefolgschaft, der Bauernbund. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen hinter den verschlossenen Türen der Koalitionssitzungen und im Anschluss daran in den öffentlichen Debatten des Landtags. Der Sprecher der Bündler, die nach bewährter Taktik die bevorstehenden Neuwahlen gerne ausserhalb der Regierungsverantwortung machen möchten, brandmarkte den Etat seiner eigenen Regierung als eine schwere Täuschung der Öffentlichkeit und des Parlaments und nannte als Hauptursache der ewigen Defizitwirtschaft den unzeitgemäss aufgeblähten Verwaltungsapparat Bayerns, dessen Leistung in keinem Verhältnis zum Aufwand stünde. Er bezichtigte damit die eigene Regierung der unverantwortlichen Schuld am staatlichen Finanzelend, und einen Augenblick lang drohte der sofortige Zerfall der Koalition.

Die Etatfrisierung ist tatsächlich offenkundig. Denn ausser den schon genannten Verschiebungen wurden von der drückenden Last der schwebenden Schuld einfach 75 Millionen in den ausserordentlichen Haushalt hinüberjongliert. Für sie soll irgendwo im Inland eine Anleihe gesucht werden, womit die bitteren Früchte der 6 Jahre Bürgerblockregierung Marke Held kurzerhand auf spätere Generation abgewälzt wäre. Es ist also kein Wunder, wenn das Unbehagen über eine solche Finanzpolitik auch Kreise der anderen Regierungsparteien befallen hat, was zur Folge hatte, dass das gemeinsame Tisch Tuch mit dem Bauernbund noch nicht ganz zerschnitten wurde. Man sucht noch eifrig nach anderen Deckungsmöglichkeiten und ist in den letzten Tagen auch nicht davor zurückgeschreckt, die Reichsregierung um ein Gutachten anzugehen, ob den Bayern im Interesse des Seins oder Nichtseins ihres Staates nicht ein Notopfer auf die höheren Einkommen gestattet werden könnte.

Niemand weiss im Augenblick, welche finanziellen Eisenbartkuren schliesslich zu Nutz und Frommen der bayerischen Eigenstaatlichkeit angewendet werden. Nur soviel ist sicher, dass man das Nächstliegende und natürliche Heilverfahren bewusst ausschaltet. Es soll weder der aufgeblähte Verwaltungsapparat, der weit über die eigentlichen Aufgaben eines Landes hinausreicht, wie es die Weimarer Verfassung vorschreibt, irgendwie wesentlich beschnitten werden, noch sollen die ungeheuerlichen Geschenke, die Jahr für Jahr den Kirchengesellschaften gemacht werden, eingeschränkt werden oder gar wegfallen. 38 Millionen freiwillige Leistungen in der Hauptsache zur Ergänzung des Einkommens der Geistlichen wirft dieser armselige Staat den fetten Kirchen in den Rachen und

beruft sich dabei auf moralische Verpflichtungen aus der Säkularisation. Bei dieser unverantwortlichen Verschleuderung von Staatsgeldern kann er aber dem Einwand nach keiner Richtung hin begegnen, der in der Tatsache gegeben ist, dass derselbe nicht weniger fromme Staat vor dem Krieg dieselben Verpflichtungen mit kaum 8 Millionen abzudecken für recht und billig hielt. So kommt es, dass heute Kopf für Kopf der bayerischen Bevölkerung jährlich 5,15 Mark den katholischen Bischöfen und protestantischen Präsidenten zahlt, während diese Quote in Preussen 1,85 Mark, in Baden 1,24 Mark, in Hessen 46 Pfennig und in Sachsen gar nur 30 Pfennig beträgt. Und das Schönste ist noch, dass die mit vatikanischem Orden geschmückten Sachverwalter des bayerischen Staates diese Millionensummen ohne jede Kontrolle der kirchlichen Finanzgebarung zur Verfügung stellen, obwohl hinreichend bekannt ist, dass der Klerikerapparat sich in den letzten Jahren unnatürlich ausgedehnt hat. Selbst in weiten Kreisen der christlichen Bevölkerung hat diese Aufblähung verbunden mit Dutzenden von Kirchenbauten vielfach heftigen Unwillen ausgelöst.

F. B.

SPD. Amsterdam, 24. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Kampf gegen das neue niederländische Flottengesetz wird im Hochsommer dieses Jahres von der niederländischen Sozialdemokratie in vollem Umfange aufgenommen werden. Die Parole für alle geplanten Kundgebungen wird lauten: weg mit dem neuen Flottengesetz, das für die Jahre 1930 bis 1940 mehr als 120 Millionen Gulden an Schiffsneubauten vorsieht. Den Auftakt werden die sozialdemokratischen Sommerfeste bilden, die am 6. Juli in Nijmegen, am 20. Juli in Tilburg (Nord-Brabant), am 22. Juli in Leeuwarden (Friesland) und am 30. Juli in Zutphen stattfinden werden. Die Limburger Genossen haben am 27. Juli eine grosse gemeinschaftliche Demonstration für den Weltfrieden mit den Belgiern und den Deutschen in Aachen. Am 13. September findet dann der Protestpartei-tag der Partei im Haag statt, wo die Forderungen der Abrüstung, des Arbeiterurlaubs, des Mitbestimmungsrechtes und der Staatspension auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen. Am 14. September finden in Amsterdam und Rotterdam gewaltige Strassenkundgebungen für diese Forderungen statt.

SPD. In einer ausgedehnten Sitzung, die sich bis Mitternacht hinzog, hat der Haushaltsausschuss des Reichstags am Freitag den Etat des Ernährungsministeriums erledigt. Die Landbündführer, unter ihnen Herr Hepp, nahmen nur eine Stunde an den Beratungen teil. Von 8 Uhr abends an begannen sie zu verschwinden. So gross war ihr Interesse an dem Etat des Herrn Schiele!

Zusammengefasst ist festzustellen, dass die Beratung des hochwichtigen Ernährungsetats bei den Landwirten aller bürgerlichen Parteien ausserordentlich geringes Interesse gefunden hat, dass keiner der prominenten Landbündführer die Beratungen irgendwie beeinflusst oder gar befruchtet hat und dass die grösste Oppositionspartei es gewesen ist, die dem von den Regierungsparteien verlassenen Ernährungsministerium den Etat zustande gebracht hat!.

## Reichstags-Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, 24. Mai (Eig. Bericht)

Am Sonnabend ging es im Reichstage recht friedlich zu. Der Reichspostetat stand zur Verhandlung. Es gab keinerlei politische Spannungen. Die Rede des Reichspostministers war geeignet, einschläfernd zu wirken. Er spricht ein ganz dunkles Bayerisch, das nur von geübten Kennern der Landessprache zu verstehen ist. Der Minister rühmte, dass die Reichspost 25 000 Maschinen in Betrieb habe. Man erfuhr allerdings, dass diese Riesenzahl von Maschinen sich im wesentlichen aus Schreib- und Additionsmaschinen zusammensetzt. Die Wirtschaftskrise macht sich auch im Postverkehr geltend. Die Zahl der Pakete, der Telegramme und gewöhnlichen Briefen ist zurückgegangen. Auch auf den Gebieten des Verkehrs, wo eine Steigerung zu verzeichnen ist, bleibt diese hinter der des Vorjahres zurück. Günstig hat sich der Postscheckverkehr entwickelt. Er hat einen Umsatz von 151 Milliarden Mark. Der Rundfunk hat zurzeit 3,2 Millionen Teilnehmer gegen 2,8 am Ende des Vorjahres.

Die Parteiredner gingen im allgemeinen glimpflich mit dem Minister um. Auch der Kommunist machte davon keine Ausnahme. Der deutschnationale Abgeordnete Menzel rühmte an dem Minister, dass er durchaus ein Herz für seine Beamten habe. Im weiteren Verlauf der Rede merkte man allerdings, dass Herr Menzel weniger an die soziale Seite gedacht hatte, sondern mit dem Minister recht zufrieden ist, weil er den rechtsradikalen Beamten keine Schwierigkeiten mache. Der demokratische Abgeordnete Schuldt-Steglitz attestierte dem Minister, dass die Reichspost im Gegensatz zur Reichsbahn nach Möglichkeit vermeide, Entlassungen vorzunehmen, also sich hüte, die Zahl der Arbeitslosen zu vermehren.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Seppel forderte, die Reichspost möge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch dadurch beitragen, dass für die Postuniformen nur die Erzeugnisse der leistungsfähigen deutschen Tuchfabriken berücksichtigt werden. Er meint im übrigen, dass Schlesien von der Reichspostverwaltung vernachlässigt werde. Der Verwaltungsrat, der Süddeutschland vorzuziehen scheine, solle endlich einmal sich um Schlesien kümmern. Seppel verlangte Wiedereinstellung von Wartestandsbeamten in grösserem Umfange als bisher. Er warf dem Minister vor, dass dieser im Gegensatz zu dem Reichswehrminister nichts gegen die rechtsradikale Agitation in seiner grossen Reichsverwaltung tue.

Der Zentrumsabgeordnete Gross gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass die Postkraftlinien neue Gebiete dem Verkehr erschlossen hätten. Dem Kommunisten Torgler passte es nicht, dass das Reich 150 Millionen Mark aus den Überschüssen der Post erhält. Dieser Betrag könnte besser für den Ausbau des Kraftpostverkehrs verwendet werden.

Die Aussprache zog sich noch bis in die Nachmittagsstunden hin, dann wurde diese zweite Beratung des Reichsposthaushalts abgeschlossen.

---

SPD. Der Rechtsausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Sonnabend mit den Amnestieanträgen. Die Regierungsparteien hatten im Mai einen Kompromissantrag eingebracht, der die Amnestie vom Juli 1928 ausdehnen will auf alle politischen Verbrechen, also auch die Fememorde, die vor dem 1. September 1924 begangen worden sind und sich nicht gerade gegen ein Mitglied oder früheres Mitglied der Reichsregierung gerichtet haben. Der Kompromissantrag wurde mit 16 gegen 11 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

---

# „Aus aller Welt“

## Frau Windulein und die Wasserspülung.

Witwe Menzel stellt sich vor – Der schüchterne Gatte explodiert – Trascht im Hausflur, Kampf mit der Schupo und Wiedersehen in Moabit.

SPD. In Berlin=Moabit wurde die Witwe Menzel, verschiedener Delikte angeklagt zu drei Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt.

Frau Witwe Menzel, die sich in Berlin=Moabit wegen einer ganzen Serie von Delikten zu verantworten hat – sieht bestimmt nicht aus, wie sich der Laie ein Objekt des Kriminalbetriebs vorzustellen pflegt. Sie ist eine gemütliche, un-gemein gesprächige Frau anfangs der Vierziger und höchst ungeniert, die sich in den Redepausen, die der Vorsitzende zur Erholung des Gerichts einlegt, mit einer beinahe sympathischen Natürlichkeit in der Nase herumfährt. Und besonders komisch aber wird die Szene erst, als die Hauptbelastungszeugin, eine gewisse Frau Windulein, vor den Moabiter Schranken der Gerechtigkeit ihr Inneres nach bestem Wissen und Gewissen auszuschütten beginnt. Frau Windulein, der voll-kommene Gegensatz zu der gutmütig redseligen Witwe Menzel, ist spindeldürr, verkniffen, verfügt über ein stattlich gefülltes Reservoir giftiger Blicke, die zum Glück nicht töten können und hat eine merkwürdige Art, ganze Silben zu verschlucken; es klingt als ob die dürre Frau Windulein dem Gericht Proben ihrer Talente im Gurgeln abgeben wolle.

Wenn man bei Frau Windulein angelangt ist, steht man schon im Mittelpunkt der grausigen Affäre, die der Witwe Menzel immerhin ein ungefähres halbes Dutzend recht ernsthaft klingender Anklagen eingebracht hat. Die Beiden waren ein Herz und eine Seele bis zu jenem Tage des Unheils, da die Wasserspülung im gemeinsamen Klosett der beiden Frauen rabiats versagte. Und das kam so: Frau Windulein wohnt im dritten Stock, die Witwe Menzel noch eine Etage höher. Zwischen dem dritten und vierten Stock aber und zwar auf dem Treppenflur liegt die Abortanlage, die die Ursache für den Bruch einer langjährigen Freundschaft wurde. Frau Windulein hat einen Mann, der auch in Moabit auftritt; aber doch mehr die Rolle eines Edelkomparsen spielt, weil Frau Windulein in jeder Beziehung das Heft in der Hand zu haben scheint und das Tagungslokal der Gerechtigkeit so intensiv mit ihrem Getöse erfüllt, dass für ihren Mann nichts weiter übrig bleibt, als von Zeit zu Zeit ein ziemlich klägliches Kopfnicken der Zustimmung von sich zu geben. Und doch muss dieser dicke kleine Mann, der so asthmatisch schnauft und dem Pantoffel seiner ebenso dünnen wie resoluten Frau rettungslos verfallen ist, zu Zeiten über ein geradezu südländisches Temperament verfügen. Jedenfalls erzählt Frau Windulein, dass ihr Mann eines Vormittags in "kochender Erregung" in der Küche erschienen sei und in brüllendem Tonfall erklärt habe: "Es ist zum Knochenspeien! Jetzt hat die Menzel wieder den ganzen Lokus verstopft! Mindestens fünf Kilo Müll muss sie in den Ausguss geworfen haben. Hol der Teufel das Weib! Geh mal sofort hinauf zu ihr und lies ihr die Leviten!" "Mein Mann", so erzählt die dürre Dame mit dem giftigen Blick und versucht ein beinahe neckisches Lächeln, das jedoch gänzlich misslingt, "ist nämlich im Grunde, von seinen gelegentlichen Ausbrüchen abgesehen, eine recht schüchterne Natur." Herr Windulein hat gerade noch die Kraft, mit einem schwachen Kopfnicken die Bekundungen seiner Gattin zu unterstreichen. Der Vorsitzende sieht den gequälten Herrn Windulein mit einem Blick voller Mitleid an...

Die Tragödie Menzel-Windulein entwickelte sich nun mit schnellen Schicksalsschritten. Frau Windulein, in Sachen der versagenden Wasserspülung genau so empfindlich wie ihr schüchterner Gatte, eilt, zwei Stufen auf einmal nehmend ein Stockwerk höher und läutet bei der Witwe Menzel Sturm. Kaum hat Frau Menzel den Türspalt geöffnet, als die Galle der dürren Windulein schon überzufließen beginnt: "Die Schweinerei muss einmal aufhören! Sie haben auch wieder eine ganze Althandlung in die Röhre geworfen. Wenn Sie sich nicht benehmen können, gehe ich zum Hausverwalter!" Doch auch die Witwe Menzel ist auf dem Posten. "Na was denn, Windulein, machen Sie sich nur nicht so wichtig! Sie meckern ja, wie zehn hungrige Ziegen zusammen! Was geht mich die Wasserspülung an?" Ich habe da nur reingesteckt, was reingehört..." - "Sie werden mich kennen lernen, Sie Schlampe! zirpt die dürre Windulein, schießt einen letzten giftigen Blick auf die Witwe und geht mit wuchtigen Schritten von dannen.

Von nun an sind sich die Beiden spinnefeind, grüssen sich nicht und tun gegenseitig so, als ob sie "Luft" wären. Fünf Tage später kommt es zum Ausbruch der Katastrophe. Frau Windulein steht mit einer Nachbarin im Hausflur und erzählt über sämtliche Mitbewohner, wobei sie natürlich auch nicht vergisst, die Sache mit der misshandelten Wasserspülung ins ihr gebührende Licht zu setzen. Die Tücke des Objekts fügt es, dass die Witwe Menzel gerade von einem Ausgang zurückkommt und auf die "lieben Hausnachbarn" stösst. "Na, wissen Sie", sagt Frau Windulein zu ihrer Plauderfreundin halblaut, aber doch so, dass es der Witwe Menzel nicht entgegen kann, "das ist die Richtige. Von Sauberkeit hat sie überhaupt keine Ahnung. Den Lukas hätten Sie sich mal ansehen sollen! Die reinste Affenschande! Wenn jemand keine Kultur hat, Frau Krüger, dann ist menschliche Hilfe vergebens..." im selben Augenblick geschieht etwas Furchtbares. Die gemütlich-gesprächige Witwe Menzel vergiesst all ihre natürlichen und allzu natürlichen Instinkte, wird dunkelrot vor Wut, verdreht die kaffeebraunen Augen, stürzt sich, eine Flut von Schmährufen ausstossend, auf die dürre Frau. Im Handumdrehen sind die bekannten Schillerschen Hyänen zu vollstem Leben erwacht. Wie besessen schlagen die Frauen aufeinander ein. Witwe Menzel erweist sich als die Kräftigere, Frau Windulein sieht nach fünf Minuten Nahkampf wie eine vom Sturm und Gewitter zerzauste Pappel aus. Während Frau Krüger, nach Hilfe schreiend, das Weite sucht, nimmt die Schlacht im Hausflur ihren grimmigen Fortgang. Schliesslich liegt die dürre Dame, deren giftiger Blick längst k.o. geschlagen ist, wimmernd im Hausflur, während die entfesselte Witwe unbarmherzig weiter auf sie losschlägt. Als eine alarmierte Polizeistreife auf dem Schlachtfeld erscheint, um Frau Windulein den muskulösen Armen ihrer Reinigerin zu entreissen, wendet sich Frau Menzel in gesteigerter Wut gegen die uniformierten Männer der öffentlichen Ordnung und wird ihnen gegenüber so gewalttätig, dass die Schupoleute die fürchterliche Amazone im Schweisse ihres Angesichts gemeinsam in ein Auto tragen und zur Polizeiwache expedieren. Im Auto schlägt Frau Menzel noch die Scheiben entzwei, was die Beamten veranlasst, ihr der besseren Beförderung wegen solide Handschellen um die Arme zu legen...

"Was ist denn nun mit dem Wasser-Klosett? Läuft denn die Spülung wieder?" fragt der Vorsitzende nicht ohne Besorgnis. "Wir haben jetzt unser eigenes Klosett, hoher Gerichtshof" sagt Frau Windulein mit Würde und rauscht stolz hinaus.....

Kabliou.

+ + +  
Lübecker Calmette-Chronik. Die Zahl der Erkrankungen in Lübeck wächst immer noch lawinenartig an. Von den 246 mit Calmette gefütterten Kindern werden nur noch 69 als gesund bezeichnet. Sämtliche erkrankten Säuglinge leiden an Tuberkulose in ihrer schwersten Form. Es kann kaum noch ein Zweifel bestehen, dass die Calmette-Kultur im Lübecker Krankenhaus durch verbrecherische Fahrlässigkeit verseucht ist.

+ + +

## Zollspionage.

Mistress Dodge ist hereingefallen.

Mistress Dodge aus New York ist Malheur passiert, ist nicht weiter schlimm, denn Mistress Dodge ist Millionärin. Ausserdem ist sie jung und hübsch, so versichert man wenigstens, sie trägt die schönsten und natürlich teuersten Kleider aller Frauen der Fünften Avenue. Mistress Dodge hat eine Million Mark Zollstrafe für Hemdhöschen, Pelzmäntel und Abendtoiletten, die sie nach Amerika schmuggeln wollte, zahlen müssen.

Die amerikanischen Zollbeamten schmunzeln. Sie haben ein geniales Verfahren erfunden, um die reichen Zollbetrüger hineinzulegen. Bisher gingen nämlich dem amerikanischen Staat viele Millionen durch Schmuggel von Kleidungsstücken verloren. Die Damen der Herrscher der Wallstreet können es sich leisten, jedes Jahr mindestens einmal über den Ozean zu fahren, um in Paris, Berlin, Brüssel oder anderswo die "notwendigen" Anschaffungen zu machen. Bei der Rückkehr ins Paradies Amerika muss man die Rechnungen für neugekaufte Kleider vorlegen und einen entsprechenden Zoll, der teilweise bis zu 90 Prozent erreicht, zahlen. Natürlich wurden diese Rechnungen meist gefälscht. Hatte ein Kleid in Wirklichkeit fünftausend Mark gekostet, lautete die Rechnung bloss über tausend. Die amerikanischen Behörden hatten diesen Trick bald herausbekommen, waren aber machtlos, da sich oft innerhalb der wenigen Minuten der Zollkontrolle nicht der wahre Wert eines Kleides oder Pelzmantels abschätzen lässt. Es musste eine ganz andere Kontrolle der Reisenden, die über den Ozean zurück nach Amerika kamen, ausgeübt werden. Die amerikanischen Behörden hatten bald das Richtige, nach ihrer Meinung wenigstens, gefunden.

Als Mistress Dodge bei der Zollrevision im Hafen von New York ihre Koffer, die voll von neuen und kostbaren in Paris gekauften Kleidern waren, öffnete und angab, alles zusammen habe dreitausend Dollar gekostet, lächelten die Zollbeamten ironisch. Einer von ihnen holte aus einer Mappe eine Photographie hervor, das die Seite eines Kontobuches darstellte. Darauf stand: "Mode-Atelier Poiret Paris. Mistress Dodge: 23 Januar ein seidenes Abendkleid 10 000 Franken, Mistress Dodge 17 März ein Pelz-Cape mit Hermelin 40 000 Franken und so weiter. Es war eine Photographie einer Kontobuchseite, aus deren Inhalt sämtliche Einkäufe der Mistress Dodge mit dem wirklich gezahlten Preise feststellen liessen. Der Amerikanerin blieb nichts anders übrig, als zu zahlen. Eine Million machte in Reichsmark die Zollstrafe aus. Die Kleider waren teuer zu stehen gekommen.

Wie kommen die amerikanischen Behörden in den Besitz solcher Photographien? Ein raffiniert erdachter Überwachungsapparat sorgt dafür, dass die in Europa zu Einkäufen weilenden Amerikaner ständig beobachtet werden. In dem Fall Dodge ist man sogar soweit gegangen, eine Angestellte der Modefirma Poiret zu bestechen. Sie entwendete für einige Stunden das Kontobuch der Firma, liess es photographieren und schickte die Abzüge an die Zollbehörden. Etwa 250 000 Mark soll diese Spionin für ihre Tätigkeit erhalten haben. In sämtlichen anderen europäischen Grosstädten überwachen Detektive die Amerikaner bei ihren Einkäufen. Kommt der Reisende dann in die Heimat zurück, ist die Zollbehörde schon genau darüber orientiert, was die Koffer enthalten. Der Zweck heiligt die Mittel, denken die Amerikaner. Der Staat hat in den letzten Wochen ungeheure Summen, die sonst durch Schmuggel verloren gegangen wären, auf diese Weise gerettet. Die Frauen der Millionäre der Fünften Avenue in New York werden sich wohl in Zukunft ihre Kleider lieber in der Heimat kaufen oder Pariser Schneider nach New York kommen lassen.....

+ + +

Anny Johnson gelandet. Die vor 20 Tagen in England aufgestiegene 19 Jahre alte Jugendfliegerin Miss Anny Johnson ist in Port Darwin (Australien) gelandet. Mit dieser mutigen Leistung blieb das "England-Girl" nur vier Tage hinter dem Rekord des Fliegers Hinkels zurück. Zwischen Hinter-Indien und Australien fehlte 24 Stundenlang jede Nachricht. Die englischen Blätter begutachten die Leistung der jungen Pilotin, die den gefährvollen Flug völlig allein durchführte, in begeisterten Artikeln. Tausende von Glückwunschtelegrammen sind bei den Eltern der Fliegerin in Hull eingelaufen.

+ + +  
Diebstahl eines Flugzeuges. Im französischen Militärfliegerlager Avord sollte ein junger Mechaniker namens Bouis wegen Diebstahls eines Motorrades abgeurteilt werden. Als es zur Verhandlung kommen sollte, musste zweierlei festgestellt werden: erstens fehlte Bouis, zweitens ein Eindecker. Bouis hatte es offenbar mit der Angst zu tun bekommen, das Flugzeug gestohlen und sich auf diesem etwas ungewöhnlichen Wege diskret zurückgezogen.

+ + +  
Gefährliches Eis. In Wolfenbüttel bei Braunschweig ist eine grössere Anzahl von Erwachsenen und Kindern nach dem Genuss von Speiseeis schwer erkrankt. Das Geschäft, aus dem das Eis stammt, ist geschlossen, die polizeiliche Untersuchung eingeleitet worden.

+ + +  
Zusammenbruch Gertrud Frenzels. Am Sonnabend ist im Potsdamer Sittlichkeitsprozess zum ersten Mal ein Ereignis eingetreten, das man bei der Kette von Aufregungen, die hier die Hauptbeteiligten erleben mussten, schon lange hätte erwarten können: eine der Hauptzeuginnen ist zusammengebrochen. Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Warmuth, mit der Erklärung eröffnet, dass Gertrud Frenzel infolge der Aufregungen des Prozesses erkrankt sei. Am Freitag nachmittag habe zwischen Gertrud Frenzel und ihrer Mutter im Pfarrhaus eine Unterredung stattgefunden, die äusserst erregt verlief und mit einem Nervenzusammenbruch Gertruds endete. Anwesend bei dieser Unterredung war der Arzt Dr. Staffenbeck. Gertrud Frenzel soll nach dem Bericht des Arztes unter Schluchzen zu ihrer Mutter gesagt haben: "Wenn Papa doch bloss zur Einsicht käme, ich muss doch vor Gericht die Wahrheit sagen. Ich will ja garnicht dass er ins Zuchthaus kommt." Frau Frenzel soll darauf gesagt haben: "Trudchen warum hast Du mir bloss nicht eher etwas gesagt?" Gertrud Frenzel soll sich bei dieser Aussprache sehr erregt haben, woraufhin der Arzt bat, das Gespräch abzubrechen. - Am Sonnabend musste Gertrud auf Grund ärztlicher Anordnung das Bett hüten, aber gegen Mittag erschienen mehrere medizinische Sachverständige bei ihr, um sie organisch zu untersuchen. Nach dem anschliessend wieder vor Gericht abgegebenen Bericht der Sachverständigen ist das Ergebnis dieser Untersuchung so, dass es stark entlastend für den Angeklagten wirken wird. Für eine erkennbare Vergewaltigung lägen keinerlei Beweise vor. Das nächste Gutachten beschäftigt sich dann speziell mit der Psychologie Gertrud Frenzels. Gutachter ist Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld. Das Gutachten des berühmten Sexualforschers hat ohne Zweifel grosse prinzipielle Bedeutung und dürfte kaum seinen Eindruck auf das Gericht verfehlen. Es heisst da wörtlich: "Die Aussagen jugendlicher Zeuginnen in Sittlichkeitsprozessen sind stets mit äusserster Vorsicht aufzunehmen, weil die Entwicklungsjahre das Seelenleben vieler Mädchen sehr stark aus dem Gleichgewicht bringen. Bei der Zeugin Gertrud Frenzel ist dies zweifellos der Fall. Zeuginnen dieser Art sind im allgemeinen keine bewussten Lügnerinnen, sondern glauben selbst, was sie sagen. Natürlich ist die sichere Feststellung eines solchen pathologischen Zustandes äusserst schwierig und kann nur durch längere Beobachtung in einer Nervenheilanstalt erfolgen, es sei denn, dass sich aus den Angaben selbst die Unmöglichkeit oder Unwahrscheinlichkeit der sexuellen Vorkommnisse folgern lässt. Bei Gertrud Frenzel scheint dieser Fall vorzuliegen, da die sexuellen Schilderungen in

ihren Einzelheiten nicht mit den sexualwissenschaftlichen Erfahrungen und Forschungen in Einklang zu bringen sind. Als Quelle einer suggestiven Beeinflussung Gertruds muss die ihr geistig überlegene Schwester Hilde angesehen werden, gleichviel, ob zwischen beiden Schwestern erotische Beziehungen bestanden haben oder nicht. Vor allem ist zu sagen, dass durch die Aussagen der geistig nicht vollwertigen Zeugin Gertrud Frenzel einzig und allein kein vollgültiger Beweis dafür erbracht ist, dass der Vater ein derartig schweres Verbrechen begangen hat".

+ + +

Schon wieder ein neues Fürstentum? Ein neues unabhängiges Operettenfürstentum droht in holländisch Limburg zu erstehen, wenn es dem Rechtsanwalt Dr. Leufkens in Geleen glückt, seine Rentabilität als Erbe des alten Fürstentums Geleen glaubhaft nachzuweisen und, was weit zweifelhafter ist, deren internationale Anerkennung durchzusetzen. Vorläufig nennt sich Dr. Leufkens mit Stolz: "Regierender Fürst von Geleen". Der Leufkens erklärt, dass sein Land mit Holland absolut nichts zu tun hat und lehnt sogar die Steuerzahlung ab, wofür er schon mehr als einmal den Besuch des Gerichtsvollziehers empfangen hat. Es wurde sogar schon ein Teil des fürstlichen Inventars auf dem Wege der Versteigerung verkauft, weil die niederländische Besetzungsmacht im Fürstentum Geleen nach Auffassung Seiner Durchlaucht Macht vor Recht gehen lässt. Der Fürst-Rechtsanwalt hat sich auch schon mit einer schwülstigen Erklärung "An mein Volk" gewandt. Er erzählt, dass er die durchschlagendsten Beweise in der Hand habe, auf Grund anderer sich der Besitztitel seines Geschlechts bis zum Jahre 1557 zurückverfolgen lässt.

+ + +

Schmilzendes Zeil=Eis. Eine kurze Herrlichkeit ist den Zeileis=Callspach=Instituten im Westen Deutschlands beschieden. Ein Herr Meyer gründete solche Institute in Essen, Düsseldorf und Köln. Das Geschäft muss aber nicht sehr gut gegangen sein, denn die ganze Einrichtung der Institute wurde in Essen und Düsseldorf verkauft; nur für die Kölner Einrichtung fand sich kein Interessent. Mit dem Erlös aus den beiden verkauften Unternehmungen, rund 40 000 Mark, hat sich Herr Meyer nach Holland begeben. Zurückgeblieben in Deutschland sind nur noch beträchtliche Forderungen. So hat der technische Leiter des Essener Instituts, Dr. Schröder, nicht weniger als 15 000 Mark an Einlagen und rückständigen Gehalt zu bekommen. Gegen Meyer ist bei der Staatsanwaltschaft Betrugsanzeige erstattet worden.

+ + +

Der "Schluck aus der Pulle". In U.S.A. hat sich eine Versicherungsgesellschaft aufgetan, die nur völlig Abstinente versichern will. Die Police verfällt, falls einer der Versicherungsträger bei einem heimlichen "Schluck aus der Pulle" ertappt werden sollte. Die Versicherungsgesellschaft steht auf dem Standpunkt, dass sie bei Anerkennung des Grundsatzes, nur Abstinente aufzunehmen, grössere Gewinnmöglichkeiten hat als die Konkurrenz, die auch Trinker akzeptiert.

+ + +

Strafantrag im Kunert=Prozess. In Anwesenheit von Vertretern der an der Durchführung der Anleiheablösungsgesetze interessierten Dienststellen beantragte Staatsanwaltschaftsrat Berliner zwei Jahre Gefängnis und 90 000 Mark Geldstrafe für den Bankier Max Kunert wegen versuchten Betrages am Deutschen Reich, fünf Monate Gefängnis für Salomon Dunkelblum wegen Behilfe. Das Plädoyer des Verteidigers wandte sich mit grosser Schärfe gegen die Politik des Reichsfinanzministeriums. Es beantragte Freispruch des Angeklagten.

---



Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

-----  
 2. Tag II. Klasse - Vormittags-Ziehung vom 24. Mai.

2 Gewinne zu je	50 000 Mark:	229227					
6 Gewinne zu je	3 000 Mark:	97559	206094	254779			
2 Gewinne zu je	2 000 Mark:	134731					
6 Gewinne zu je	1 000 Mark:	196745	309211	391924			
8 Gewinne zu je	800 Mark:	15334	288810	298297	306864		
24 Gewinne zu je	500 Mark:	76643	94731	112976	132409	177854	187931
		195690	234687	268094	342884	368091	391645
104 Gewinne zu je	300 Mark:	1122	1646	3795	4532	5967	8539
		9300	10984	22911	33073	34192	38003
		43140	64283	81382	84644	109057	109477
		134064	140882	161145	163686	168588	184135
		186401	188037	194557	199022	200357	204317
		208286	208330	216277	216630	224553	240340
		260092	262140	270960	304675	306540	324457
		328454	330067	331662	336250	353374	356533
		360984	377446	385513	393583		
220 Gewinne zu je	180 Mark:	2387	2786	2977	6018	6532	7053
		7918	8666	14511	14711	15248	18587
		20804	24626	25533	26007	30596	38066
		42944	44484	45455	52272	52608	52751
		53357	56366	56971	61868	65773	75326
		75651	80205	85999	89499	90712	96501
		101122	110181	114103	118631	120040	124682
		129175	133625	134903	135151	137013	151546
		156465	171290	175900	182638	184028	185369
		187729	188142	190038	190659	192402	193114
		196372	197919	199756	200728	207394	208276
		211392	214410	222698	227896	232065	234010
		237307	242246	247458	248019	248225	257233
		260036	260318	271582	272366	276805	282302
		284033	285418	289393	290603	290690	293623
		301233	305069	312608	321073	331237	332009
		332436	335706	336007	343574	351326	360835
		365428	366285	367479	367590	367641	382127
		386874	399949				

Nachmittags-Ziehung.

2 Gewinne zu je	100 000 Mark:	253612					
2 Gewinne zu je	5 000 Mark:	313222					
8 Gewinne zu je	1 000 Mark:	73970	126239	126370	362057		
16 Gewinne zu je	800 Mark:	34809	45839	75865	92808	143939	192013
		238216	283508				
36 Gewinne zu je	500 Mark:	20260	28586	35573	49433	58261	123134
		136509	144601	157761	195212	204881	227183
		236226	237067	243416	318157	328102	358701
106 Gewinne zu je	300 Mark:	5088	8048	9410	9601	17053	26410
		38951	48088	69345	77782	82031	85325
		86983	93582	113582	114753	137092	146301
		146491	147326	156407	161945	169580	171455
		172959	174785	177038	189903	195215	209689
		218056	218297	228549	229997	258483	258779
		259491	289500	297094	303634	309002	313237

106 Gewinne zu je 300 Mark:	321786	321833	324713	325605	328939	335007
	342048	342624	361760	367003	390940	
254 Gewinne zu je 180 Mark:	1060	1714	10648	16420	19810	21672
	21707	22251	22721	22788	30220	30275
	36930	37937	43989	44895	46368	49057
	52696	56882	62486	64393	65851	66430
	71581	74367	77228	84598	87234	89936
	99983	100347	101661	102076	112363	114960
	116130	119342	122348	124316	131266	137469
	139114	145982	149163	151090	151446	154101
	155026	155811	157272	158442	161528	162835
	167134	169494	171488	175542	177910	180411
	180480	182193	184920	195950	197697	200252
	214230	216175	219615	232573	232805	233556
	234710	236033	241388	242169	243225	244776
	248698	249173	251903	252038	254765	257762
	263564	270370	271050	278907	283643	290408
	290683	294226	297878	299390	301028	304341
	306808	309428	309928	310278	311520	317951
	318571	320452	325716	332206	332323	332613
	337008	347208	349381	349848	356126	356273
	357421	358935	360264	362061	364232	367938
	369066	370711	371505	372007	387213	390440
	394072					

Die in der heutigen Nachmittagsziehung gezogenen beiden Hauptgewinne von je 100 000 Mark fielen auf

Nr. 253 612 in Abteilung I nach Amberg (Bayern)

in Abteilung II nach Berlin.

Die Ziehung der 3. Klasse der 35./261. Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie findet statt am 18. und 19. Juni 1930.

SFD.

-----



## Industrielle Produktionsstatistik.

SPD. Unrationelle Rationalisierung - mit diesem Wort hat Professor Bonn die Wirtschaftspolitik charakterisiert, die zwar auf die Vervollkommnung der einzelnen Betriebe eingestellt ist, aber die grossen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge vollständig ausseracht lässt. Dieser Widersinn muss überwunden werden. Die Rationalisierung der Betriebe muss durch eine Rationalisierung der gesamten Volkswirtschaft ergänzt werden. Das ist jedoch ohne statistische Durchleuchtung aller volkswirtschaftlichen Vorgänge unmöglich. Daher erheben die freien Gewerkschaften von neuem die Forderung auf Ausbau der wirtschaftlichen Statistik. Wie dieser Ausbau vor sich gehen soll, wird von dem Statistiker des ADGB Woytinsky im Maiheft der "Arbeit" in einem instruktiven Artikel dargelegt.

Ein grosser Mangel im System der deutschen Statistik ist nach Woytinskys Ausführungen das Fehlen einer ausreichenden industriellen Produktionsstatistik. Drei Faktoren haben ihre Einführung bisher verzögert: Reparationspolitische Erwägungen, Berufung auf die Gefahren der ausländischen Konkurrenz und der Widerstand interessierter Kreise, die die Produktionserhebungen als ihre ganz private Angelegenheit betrachten. Die Reparationsverhandlungen sind abgeschlossen, die beiden anderen Hemmungen müssen überwunden werden.

Die Aufgabe der industriellen Produktionsstatistik ist, die strukturelle Entwicklung der Industrie im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft systematisch zu verfolgen. Durch diese Aufgabe wird auch ihr Verhältnis zu den anderen Zweigen der amtlichen Statistik bestimmt. Die laufende Wirtschaftsstatistik, Woche für Woche und Monat für Monat, ist in erster Linie auf die Beobachtung der kurzen Wellen des wirtschaftlichen Lebens eingestellt und kann nur Konjunkturstatistik sein. Die strukturellen Wandlungen der Wirtschaft werden von ihr als dauernde Störung der untersuchten Wellen zwar empfunden, aber nicht kritisch erfasst. Sie müssen deshalb durch einmalige Erhebungen, nämlich durch Berufs- und Betriebszählungen erforscht werden, die in grösseren Zeitabständen vorgenommen werden. Für wirtschaftliche Gebiete, deren Struktur sich nur langsam verändert (z.B. Landwirtschaft, Handwerk usw.) genügt das, nicht aber für die Industrie mit ihren grossen und raschen Strukturwandlungen. Auf diese Weise entziehen sich in Deutschland manche wichtigen Wirtschaftsvorgänge der staatlichen Untersuchung; sie werden weder durch die laufende Statistik noch durch die einmalige Erhebung genügend erfasst, ein Manko, das sich jedesmal dann besonders unangenehm bemerkbar macht, wenn zur Lösung praktisch politischer Fragen genaue Kenntnis der Wirtschaftsentwicklung erforderlich ist. Was hilft es z.B. bei politischen Auseinandersetzungen im Jahre 1930, wenn man über den Fortschritt der Industrie in der Zeit von 1907 bis 1925 unterrichtet wird?

Wie muss die brauchbare Produktionsstatistik aussehen? Ob man nun ursprünglich von der Betriebszählung oder von den vorhandenen Produktionserhebungen ausgeht, in der Praxis wird man bald zur Vereinigung beider Methoden gelangen. Die Produktionsstatistik hat zweierlei Fragen zu beantworten: 1. Fragen, die sich auf die gesamte Volkswirtschaft beziehen und bei jeder einzelnen Erhebung erneut gestellt werden; und 2. Fragen, die nur für die einzelnen Industriezweige von Bedeutung sind. So werden die Produktionszählungen in den Ver-

einigten Staaten und in Grossbritannien aufgebaut, und auch die deutsche Produktionsstatistik wird um diese Gliederung nicht herumkommen.

Die Sonderfragen müssen bei jeder Erhebung im Einvernehmen mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ausgearbeitet werden. Die allgemeinen Fragen sind einmal für sämtliche Erhebungen festzulegen, sie bilden das Gerüst der gesamten Produktionsstatistik und müssen so formuliert werden, dass sich aus ihrer Beantwortung ein geschlossenes Bild der Industrieentwicklung ergibt. Als solche Fragen sind hervorzuheben: 1. Zahl der beschäftigten Personen, aufgeteilt nach Arbeitsgruppen (Arbeiter, Lehrling, technischer oder kaufmännischer Angestellter, Mann oder Frau) 2. Zahl der im Jahre geleisteten Arbeitsstunden oder Arbeitstage. 3.) Art und Leistungsfähigkeit der Kraftmaschinen, 4. Wert der Erzeugnisse (Fertigwaren, verkaufte Nebenprodukte, geleistete Reparaturarbeiten usw.) mit Angaben über den Inlands- und den Auslandsabsatz. 5. Wert der verarbeiteten Rohstoffe und Halbfabrikate (einschliesslich der Brennstoffe, Hilfsstoffe, von draussen bezogenen Energien, fakturierten Arbeit usw.); 6. Betrag der Löhne und Gehälter (Direktorengratifikationen und ähnliches natürlich gesondert). 7. Betrag der Steuern und sozialen Abgaben (getrennt).

Neben diesen Forderungen, die den Inhalt der Produktionsstatistik betreffen, sind nach nachfolgenden Bedingungen zu berücksichtigen: 1. Die Erhebungen müssen in kurzen Abständen vorgenommen und ihre Ergebnisse ohne Verzögerung veröffentlicht werden. 2. Die Fragestellung, die Verarbeitung des Materials und die Veröffentlichung müssen nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen.

Die Produktionsstatistik kann entweder jährlich (wie in den skandinavischen Ländern) oder alle 2 Jahre (wie in den Vereinigten Staaten) durchgeführt werden. Sie muss mit festem Personal unter voller Ausnutzung ihres technischen Apparats arbeiten. Das System der jährlichen Erhebungen wird sich in den Betrieben leichter einspielen. Die Produktionsstatistik muss sich den Erhebungen anschliessen, die (wie im Bergbau, in der Eisenindustrie usw.) gegenwärtig schon jedes Jahr durchgeführt werden und muss sich auf sämtliche Industriezweige, aber nur auf Mittel- und Grossbetriebe erstrecken.

Nur mit Hilfe der Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände kann man eine brauchbare Produktionsstatistik erhalten. Die Gewerkschaften müssen in voller Gleichberechtigung mit den Verbänden der Arbeitgeber hinzugezogen werden. Für diese Forderung kann man sich auf einen Präzedenzfall berufen: bei den Lohn-erhebungen des Statistischen Reichsamts sind die Gewerkschaftsvertreter im Beirat vertreten und jeder Fragebogen muss vom Betriebsrat bestätigt und unterschrieben sein. Dieser Brauch muss im Gesetz über die Einführung der laufenden Produktionsstatistik ausdrücklich befestigt werden. Das genügt aber noch nicht: die gesamte Führung jeder einzelnen Erhebung muss vor der einseitigen Beeinflussung durch die Unternehmer geschützt werden. Die Gewerkschaften als wirtschaftlicher Vertreter der Arbeiterklasse müssen deshalb fordern, dass ihnen unmittelbare Beteiligung an der Führung der Produktionsstatistik gesichert wird. Das könnte in der Form geschehen, dass die Führung der Produktionsstatistik einem engen paritätischen Ausschuss übertragen wird, in dem neben den Vertretern des Reichsamtes je 1 (oder je 2) Vertreter der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber beteiligt sind.

---

SPD. Auf den Dortmunder Zechen "Kaiserstuhl I und II" wird zum 1. Juni 200 Bergarbeitern gekündigt. Auf der Zeche Dorstfeld bei Dortmund werden 500 Mann entlassen.

---

SPD. Für die Bäder auf Rügen haben die Christen und Hirsche einen Tarifvertrag abgeschlossen. Der Vertreter des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten wurde nur zu den Schlussverhandlungen hinzugezogen. Der Tarifabschluss ist für die Christen und Hirsche kein Ruhmesblatt. Er lässt zu, dass die Prozentaufschläge auf die Pensionspreise, soweit sie über 10% hinausgehen, von den Unternehmern für Beleuchtungskosten - im Hochsommer! - eingesteckt werden können. Die vereinbarten Löhne sind erheblich schlechter als die des Tarifvertrags des benachbarten Bädergebietes auf den Inseln Usedom und Wollin. Ausserdem ist eine Verfallklausel für Überstunden vereinbart worden, wonach Ansprüche erlöschen, wenn sie nicht bis zum nächsten Tage geltend gemacht sind, was eine Einengung der Verjährungsfrist (§ 196 BGB) bedeutet. Auch sind zwei Stunden Mehrarbeit gemäss § 5 der Arbeitszeitverordnung zugelassen.

Der freigewerkschaftliche Zentralverband musste es ablehnen, eine solche für die Arbeitnehmer im Gastwirtsgewerbe schädliche Tarifpolitik mitzumachen. Den Christen und Hirschen war es anscheinend mehr darum zu tun, die Gunst der Rügen'schen Hotel- und Gastwirte für ihre Stellenvermittlung zu gewinnen als vernünftige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Wie kann man z.B. zulassen, dass die Unternehmer an den erhobenen Prozenten mitverdienen? Die Gäste bezahlen den Prozentaufschlag doch in der Annahme, dass er die allgemein übliche Trinkgeldablösung ist, die für die Entlohnung des früher auf Trinkgeld angewiesenen Bedienungspersonals verwendet wird.

Die Nichtbeteiligung des Zentralverbandes, d.h. der stärksten und einflussreichsten Gewerkschaft, an dem Tarifabschluss hat die Arbeitgeber wild gemacht. Sie machen entgegen dem Artikel 159 der Reichsverfassung bei Einstellung von Arbeitnehmern die Nichtzugehörigkeit zur freigewerkschaftlichen Organisation zur Bedingung.

Druck erzeugt Gegendruck. Haben sich die Scharfmacher überlegt, dass im Sommer auch viele freigewerkschaftliche Arbeiter, Angestellte und Beamte während ihrer Urlaubszeit nach Rügen kommen? Wenn sie von der Feindseligkeit der Gast- und Hotelwirte gegen die Freien Gewerkschaften hören, werden sie wahrscheinlich darauf verzichten, Rügen zum Ziel ihrer Sommerreise zu wählen.

---

SPD. Ein reaktionärer Vorstoss gegen die Arbeitszeit wurde von der Internationalen Alliance des Hotelgewerbes, der auch der Reichsverband der deutschen Hotels angeschlossen ist, auf ihrer soeben in Amsterdam stattgefundenen Tagung angenommen. Die Alliance lehnte den gesetzlich begrenzten Arbeitstag als unannehmbar ab und beschloss, ihre Landesverbände bei ihren Aktionen gegen die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages mit allen Kräften zu unterstützen.

---

SPD. Der Schiedsspruch für das rechtsrheinische Textilgewerbe, der am 15. April gefällt worden war und den die Arbeitgeber angenommen haben, wurde von dem Schlichter für Rheinland und Westfalen für verbindlich erklärt.

---

SPD. In den Verhandlungen zwecks Schaffung eines neuen Rahmentarifes zwischen Arbeit NordWest und den Angestellten-Organisationen unter dem Vorsitz des Schlichters Professor Brahn wurde keine Einigung erzielt. Anfangs Juni wird der Schlichter seinen Vorschlag einer Schlichtungskammer unterbreiten und zur Abstimmung stellen.

---

## Wirrwarr auf den Metallmärkten.

Das Kupferkartell wartet auf eine neue Hausse.

SPD. Die Vorgänge auf den Kupfermärkten sind für Deutschland wegen des Konflikts bei der Mansfeld A.G. und die vollzogene Anlehnung des Hirsch-Kupferkonzerns an die belgisch-englische Produzentengruppe (Haut Katagna) von besonderem Interesse. Einmal demonstrieren die Vorgänge auf den Kupfermärkten, wie eine Kartellpolitik nicht auszusehen hat; des andern zeigen sie die fürchterlichen Gefahren eines kapitalistischen Rohstoffmonopols. Die Politik des Internationalen Kupferkartells, das in der Hauptsache von den Amerikanern (Guggenheim, Rockefeller usw.) beherrscht wird, ist bekannt. Vor wenigen Wochen wurde die Kupfernotierung vom Kartell um insgesamt 5 Cent herabgesetzt. Das Ziel, den seit Monaten stockenden Verbrauch anzuregen, wurde nicht erreicht. Besonders stellte sich Europa auf den Standpunkt, dass auch der ermässigte Kupferpreis angesichts des schlechten Absatzes und der hohen Profite der amerikanischen Gruppengesellschaften noch zu hoch sei.

Ganz anders beurteilte das Kartell die Marktlage. Obwohl im Internationalen Kupferkartell selbst über die Preispolitik gestritten wird und wichtige amerikanische Kupferproduzentengruppen die Ansicht vertreten, mit dem Markt zu gehen und den Absatz durch eine radikale Preisermässigung anzuregen, war die Leitung des Kartells nach der Preisermässigung um 5 Cent der Auffassung, dass der Verbrauch wieder mal reif dazu sei, um in neue grosse Käufe hineingehetzt zu werden. Entsprechend dieser Auffassung ermässigte das Kartell den Preis sehr zögernd um ein weiteres 1/2 Cent und setzte ihn, als die erwarteten Käufe erfolgten, an zwei aufeinanderfolgenden Tagen um je 1/4 Cent in die Höhe. Es sollen in den letzten Tagen von Europa allerdings mehr Kupfer gekauft worden sein als im Durchschnitt des letzten halben Jahres. Als Hauptkäufer wird Deutschland genannt. Der Deutsche Walzwerksverband hat übrigens einen entrüsteten Einspruch gegen die unstete Kartellpolitik nach Amerika gekabelt. Das Kartell kümmerte sich selbstverständlich um diesen Kabelprotest sehr wenig. Es hat ja auch zunächst seinen Zweck erreicht und glaubt jetzt, in Ruhe abwarten zu können, ob die allmählich um sich greifenden Produktionsermässigungen den Markt wieder völlig in seine Gewalt bringen. Dabei liegt das Künstliche der Kaufwelle auf der Hand. Das erkennt man besonders daran, dass während des Anwachsens der Kaufstätigkeit auf dem Kupfermarkt kartellfreies Kupfer höher bezahlt worden ist als Kartellkupfer. Der Kupfermarkt selbst ist in den letzten Tagen recht still geworden.

Die Vorgänge auf dem Kupfermarkt haben natürlich die Märkte der anderen Metalle stark beeinflusst. Man kann sagen, dass sich die Ereignisse beim Kupfer bei den anderen Metallen mehr oder weniger wiederholen. Dazu kommen andere ungünstige Faktoren. So zweifelt man beim Zinn stark daran, ob die Produktionseinschränkung in der vorgesehenen Form durchgeführt werden kann und wirksam werden wird. Beim Zink hat sich in Deutschland eine Erscheinung gezeigt, die nun schon Regel geworden ist. Es handelt sich dabei um den vor einiger Zeit vorgeschlagenen Zinkzoll. Die Befürworter dieses Zolls behaupteten, dass sie ihn als "Waffe" für internationale kartellpolitische Zwecke gebrauchten. Der Zinkzoll ist noch nicht in Deutschland eingeführt. Die Vorlage liegt auch noch nicht einmal im Reichstag. Aber der vorgeschlagene Zinkzoll ist heute

schon Selbstzweck geworden und wird von gewissen Erzeugergruppen geradezu als "einzige Rettung des deutschen Zinkhüttengewerbes" hingestellt. Es ist immer wieder die Ideologie der hohen Preise und des Marktschutzes die, so sollte man meinen, in den letzten 5 Jahren bereits den Beweis ihrer Untauglichkeit zur Genüge erbracht hat.

Ganz grotesk nimmt sich im Wirrwarr und im Labyrinth der Metallmärkte die Aktion der Mansfeld A.G. aus. Sie besteht, neben frachtlichen und steuerlichen Vergünstigungen auf einen Lohnabbau, d.h. sie droht mit Entlassungen und will die Arbeiterschaft, die infolge der Eigentümlichkeit des für den Mansfeldkonzern in Frage kommenden Wirtschaftsbezirks in ihrer Arbeitsmöglichkeit völlig von der Mansfeldschen Kupferproduktion abhängt, zu einer Einwilligung in den Lohnabbau zwingen. Nach Becker folgt jetzt Mansfeld. Hat man bei Mansfeld Glück, dann werden Dutzende anderer Betriebe und schliesslich ganze Wirtschaftszweige folgen. Ankündigungen dieser Art liegen bereits für die schlesische Textilindustrie vor.

Wenn Mansfeld seine Wünsche durchsetzt, so wird sich zeigen, dass den Unternehmern durch Lohnabbau nicht geholfen werden kann. Das Unternehmen hängt eben von dem Metallmarkt ab. Auf diesem Markte sind aber Faktoren wirksam, gegen die man mit Rezepten wie Lohnabbau nichts ausrichten kann. Der Mansfeldkonzern selbst zieht es vor, seine Aktion im Dunkeln durchzuführen. Einheimische Kreise wollen wissen, dass Mansfeld deshalb nicht die Forderung nach einer staatlichen Subvention gestellt hat, um der mit dieser Subvention wahrscheinlich einsetzenden Kontrolle zu entgehen. Eine Kontrolle bei Mansfeld halten wir aber unbedingt für nötig. Wenn man einige tausend Menschen auf die Strasse setzt, sodass sie kaum die Möglichkeit haben, wieder in den Produktionsprozess eingereiht zu werden, ist Grund genug vorhanden, dass die in Frage kommenden Stellen sich die Mansfeldaktion mal näher ansehen. Die angedrohten Arbeiterentlassungen grössten Stils bei Mansfeld rechtfertigen schon allein die in der Öffentlichkeit geforderte Kontrolle.

---

SPD. Die Allianz- und Stuttgarter Verein Versicherungs A.G. erzielt im Jahr 1929 eine Prämieneinnahme von insgesamt 187,5 gegen 178 Millionen im Vorjahr, wovon 114,7 gegen 109,5 Millionen für eigene Rechnung gingen. Für Prämien- und Schadenreserven wurden 114,7 gegen 95,2 Millionen in Ausgabe gestellt. Aus dem Reingewinn, der von 4,1 auf 4,3 Millionen gestiegen ist, wird wieder eine Dividende von 12% gezahlt, nachdem eine Million in Reserve gestellt wurde. Die Garantiemittel der Gesellschaft belaufen sich einschliesslich des Kapitals von 60 Millionen und der technischen Reserven von 114,7 Millionen auf insgesamt 207,1 Millionen Mark. Für Schadenzahlungen wurden rund 106 Millionen Mark aufgewendet. Neu angemeldet wurden im Geschäftsjahr 465 422 Schäden. Bemerkenswert ist, dass auf je 7 888 erledigte Schadenfälle nur eine gerichtliche Auseinandersetzung mit Versicherungsnehmern erfolgte.

Die Allianz- und Stuttgarter Lebensversicherungsbank A.G. verzeichnet einen Neuzugang von 461 gegen 427 Millionen Versicherungssumme im Vorjahr. Einschliesslich des von der Frankfurter Leben übernommenen Bestandes von 575 Millionen hat sich der gesamte Versicherungsbestand bei der Gesellschaft von 1,9 auf 2,8 Milliarden erhöht. Der Gesamtüberschuss ist von 20,2 auf 24 Millionen gestiegen. Die Dividende wird von 15 auf 16% heraufgesetzt.

Nach den Erschütterungen, die infolge der Frankfurter Zusammenbrüche die deutsche Privatversicherung im letzten Jahr durchgemacht hat, befassen sich die Geschäftsberichte des Konzerns sehr eingehend mit der Vertrauensfrage. Es wird festgestellt, dass trotz aller Zwischenfälle eine gleichmässige Weiterentwicklung des Versicherungsgeschäftes im letzten Jahr stattgefunden habe. Nach zuverlässiger Schätzung habe die Gesamtprämieneinnahme bei der

deutschen Privatversicherung im letzten Jahr 2,6 Milliarden überschritten gegenüber 2,35 Milliarden im Vorjahr und 2,0 Milliarden im Jahre 1927. Es scheint gelungen zu sein, einen Rückschlag auf das gesamte Gewerbe durch die Frankfurter Vorgänge zu vermeiden. Der Allianz-Konzern, der seinerzeit die zusammengebrochene Frankfurter Allgemeine mit seinem Unternehmen verschmolz, erwähnt im Geschäftsbericht, dass zum Zeitpunkt des Zusammenbruches bei der Frankfurter Allgemeinen etwa 22 000 Schadensfälle angemeldet waren, bei denen es sich in der Hauptsache um Versicherte aus der breiten Masse des Volkes handelte. Durch die Befriedigung dieser Gläubiger sei es gelungen, eine unvergleichlich grössere Erschütterung des Versicherungsgedankens zu vermeiden. Das schwere Risiko des Vertrages mit der Frankfurter Allgemeinen wird im Geschäftsbericht nochmals ausdrücklich betont. Dagegen wird über den finanziellen Gewinn, den die Aufsaugung der Frankfurter Allgemeinen für den Allianzkonzern bedeutet, mit Stillschweigen hinweggegangen. Der Vertrag sei jetzt in allen seinen Teilen gegenseitig erfüllt und es lägen keine Streitpunkte mehr vor.

Die Allianz- und Stuttgarter Lebensversicherungsbank A.G. weist darauf hin, dass es im Berichtsjahr gelungen sei, den Vorkriegsbestand von rund 16 Milliarden Versicherungssumme wieder zu erreichen. An neuen Versicherungsanträgen gingen 83 067 mit einer Versicherungssumme von 539,8 Millionen ein, von denen 70 776 Versicherungen über 461 gegen 427,6 Millionen im vorhergehenden Jahre abgeschlossen wurden.

---

SPD. Nachdem die Gasverarbeitungsgesellschaft m.b.H. Herne-Solingen durch die Errichtung zweier Stickstoff-Anlagen das von ihr vorgesehene Bauprogramm durchgeführt hat, haben es ihre Gesellschafter für zweckmässig gehalten, die Werke mit den das Gas liefernden Zechen in betrieblichen Konnex zu bringen. Nach den hierüber getroffenen Vereinbarungen übernimmt Hibernia die bei ihrer Zeche Shamrock liegende Anlage während die andere Anlage bei der Gaveg verbleibt und von ihr im Zusammenhang mit der Zeche Mont Cenis betrieben wird.

---

SPD. Die Mix und Genest in Berlin, eine der massgebenden Firmen auf dem Schwachstromgebiet und in der Herstellung von Kleinförderanlagen, konnte im Jahre 1929, einem Jahr rückgehender Konjunktur, ihren Umsatz (rund 22,7 Millionen Mark) um 10% steigern. Die erzielte Faktursumme war die höchste, die während des 50 jährigen Bestehens der Gesellschaft erreicht wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Unternehmen eine Kapitalerhöhung um 6,5 Millionen Mark vorgenommen hat. Der Reingewinn steigerte sich von 1,15 auf 1,44 Millionen Mark.

Die Mix und Genest steht in engerer Verbindung zur AEG. Durch die AEG wurde sie in die vielbesprochene Neugründung auf dem Schwachstromgebiet, die Standard Elektrizitäts-Gesellschaft (S.E.G.) eingereiht. Im Geschäftsbericht von Mix und Genest spürt man allerdings nichts von den Konflikten im Schwachstromgeschäft, vielmehr wird das Verhältnis zum Siemenskonzern, gegen den sich die Gründung der S.E.G. vorzugsweise richtet, freundlich besprochen. Über die SEG selbst wird gesagt, dass sich mit ihr eine gewisse Konzentration vollzogen habe die starke Konkurrenz zwischen Siemens, S.E.G. und Fuld-Frankfurt/M habe jedoch nicht nachgelassen. Die Einnahmen aus dem Telefonmietgeschäft, um das die Konkurrenz vorzugsweise geht, erhöhten sich bei Mix und Genest von 2,3 auf 4 Millionen Mark.

Für das laufende Jahr wird berichtet, dass der Auftragseingang hinter dem Stand des Vorjahres zurückgeblieben ist.

---



## Schwierige Stützung.

(Berliner Getreidebörse vom 24. Mai)

SPD. Bei sehr stillem Geschäft verlief die Produktenbörse zum Wochenschluss eher schwächer. In Weizen war das Angebot zwar nach wie vor klein, aber infolge des günstigen Wetters und der nachgebenden überseeischen Notierungen gaben die Preise eher nach. In Roggen lag wieder starkes Angebot vor, sodass die Stützungsstelle nur einen Teil des Materials aufnahm. Am Markte der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte lagen die Preise für Roggen per September zunächst 3 Mark schwächer. Auf der erniedrigten Basis zeigte sich aber Deckungsneigung, sodass im Verlaufe eine leichte Erhöhung zu verzeichnen war. Vordere Roggensichten waren etwa 3/4 Mark schwächer, Weizen lag am Markte der Zeitgeschäfte bis zu 1 1/2 Mark geringer. In Hafer war der Markt sehr eng, Gerste lag ebenfalls weiter ruhig.

	<u>23. Mai</u>	<u>24. Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	291 - 293	290 - 292
Roggen	169 - 177	169 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industrieroggen	168 - 182	167 - 181
Hafer	151 - 161	150 - 160
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32.00-40,25	32.00-40.00
Roggenmehl	22,25-25,25	22,25-25,50
Weizenkleie	8,25- 9,00	8,25- 9,00
Roggenkleie	8,50- 9,50	8,50- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 301 (Vortag 301½), Juli 305-305½ (306¼), September 268½-269 (270). Roggen Mai 174½ (175¼), Juli 176¾-177 (179), September 179 (182). Hafer Mai 160 (-), Juli 164 (168), September 165 (169).

## Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 24. Mai: I. 126 Mark, II. 113 Mark, III. 97 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

## Amtliche Eiernotierungen.

(24. Mai)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-  
eier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 11, Kl. A 60 gr 10,  
Kl. B. 53 gr 9¼, Kl. C 48 gr 8, frische Eier Kl. A 60 gr 9½, Kl. B 53 gr 8¾, aus-  
sortierte kleine und Schmutzeier 7. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er  
11, 17er 10½, Estländer 15½- 16er 9½, leichtere 8¾, Litauer grosse 9, normale  
8, Bulgaren 8½, Rumänen 7¾-8, Ungarn 7¾-8, Russen grosse 8¼, normale 7¾, Polen  
normale 7½-7¾, Kleine, Mittel- und Schmutzeier 6¾-7. Witterung: warm, Tendenz:  
matt.

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 24. Mai 1930

Victoria Regia.<sup>x</sup>

SPD. Weiche Teppiche verschluckten den leichten Schritt der Diener, die flink, geräuschlos die Tafel abräumten, indes die Gäste sich noch unschlüssig vor der breiten Flügeltür des Speisesaales aufhielten, weil der Hausherr eine kleine Ueberraschung angekündigt hatte.

Da tauchte er schon auf, seine Gäste fast um Haupteslänge überragend: "Verzeihung, dass ich Sie eine Sekunde warten liess! Sie sollen durch einen seltenen Anblick entschädigt werden. Meine Victoria regia ist letzte Nacht erblüht - sie hat sich entfaltet zu schönster Pracht - "

Von Mund zu Mund lief leises Raunen, flüsterndes "Entzückend! Reizend!" Rudolf Wangheim blieb wie unabsichtlich zögernd zurück, bis er neben der schönen Florence Ternelli stand. Oft hatte er sich geschworen, ihre Nähe zu meiden, in der doch alle seine guten Vorsätze wie Schnee im Föhn dahinschmelzen. Wenn sie die Augen zu ihm erhob, versank unter diesem Glanz alles umher. Dann steckten ihm im Blute plötzlich tausend verborgene Torheiten. Florence war sich dieser Macht über Wangheim wohl bewusst. Sie brach mit einer geschickten Wendung das Gespräch ab, das sie mit dem jungen Filmschauspieler Kesten führte. Verstimmt blieb Kesten stehen, als sie Wangheim liebenswürdig ihre Hand reichte. Verwirrt beugte Wangheim sich darüber, dass sie seine feine Röte nicht sah.

"Warum begegnen wir uns erst jetzt?" In ihrer Stimme klang der einschmelzende Wohlklang der italienischen Sprache, obwohl sie das Deutsche gut beherrschte.

"In letzter Minute hinderten mich eilige geschäftliche Angelegenheiten, pünktlich hier zu sein. Ein Freund meines Vaters hat mich, vor seiner Abreise heute Abend einen grösseren Geldbetrag abzuholen, den ich morgen in sein Depot legen soll."

Ihm entging es, dass sich ihre Augenbrauen aufmerksam ein wenig verschoben - er fühlte nur, wie die sammetweiche Haut ihres Armes seine Hand wie unabsichtlich streifte: "Nun, es wird Ihre Briefftasche nicht sprengen - "

Er lächelte: "Immerhin: 78 000!"

Sie entblöste leicht ihre perlenschimmernden Zähne: "Bei Ihnen ist's gut aufgehoben. Uebrigens - spielen Sie nachher ein wenig Ecarté mit?" Sie legte den Kopf auf die Seite: "Ich lasse den Platz neben mir frei - für - "

Er sah nur diese grossen Augen, diesen glühenden Mund und nickte nur "Ja!"

Sie schritten hinter den anderen Gästen her, die sich wie in schweigender Andacht in dem grossen Treibhause um das Wunder der Nacht sammelten. Die Schwüle war lastend, unerträglich. Aber der wundersame Anblick liess das Unbehagen vergessen: Zwischen den grossen, aufwärts gebogenen, zähen, dunkelgrünen Blättern schwamm leuchtend, unirdisch gross, die fast blendend weisse Blüte der Victoria regia. Irgendwoher fiel heimlich das Wort: "Sie blüht nur eine Nacht

Wangheim stand sinnend an dem Wasserbecken, in dessen Hintergrunde seltsame Schlingpflanzen im verstreuten Lichte phantastische Formen anzunehmen schienen. Er starrte in die unbewegte, blanke Fläche. Die riesige, weisse Blüte schwamm; sie nahm Florences Züge an; süsser Duft schien ihn zu umgaukeln. Er liess sich in einen der Korbsessel sinken, stützte glücklich das Haupt in die Hand und träumte... Sie blüht nur eine Nacht....

Irgendwo knirschten Schritte auf dem feinkörnigen gelben Kies. Rudolf schrak auf. Bleiches Grau fiel durch die Treibhausscheiben. Er sah auf die Armbanduhr. Drei! - So hatte er geschlafen!

Vom Spielzimmer oben her kam helles Lachen und Stimmengewirr. Er hörte den Sopran von Florence. Sah traurig zur Victoria regia hinüber - und traute seinen Augen kaum: verschwunden die weisse Blüte, zusammengeschrumpft, trübselig-hässlich. Sie blühte nur eine Nacht... Wieder dachte er an Florence, erhob sich mit müden Schritten, zerschlagen. Als er sich anschickte, die Treppe hinaufzusteigen, rauschte etwas vorüber - hell lachend im kostbaren Chinchillamantel - daneben aufgeregt, glührot, der junge Kesten. Ein plötzlicher Blick aus grossen Augen traf Wangheim. Aber merkwürdig: er fühlte sich frei, beschwingt -, verneigte sich höflich und fühlte heimlich nach der Brusttasche, in der wohlverwahrt 78 000 Mark steckten. Er schauderte: wie schnell zerrinnen grosse Summen in kleinen Händen! - - Wäre nicht die Victoria regia gewesen....

Emil Rath.

---

### Vom Angestellten zum Geschirrwäscher.<sup>x</sup>

---

SPD. Wer in den Vereinigten Staaten als kaufmännischer oder technischer Angestellter eine Stelle sucht, bemüht sich zunächst, aufgrund der zahlreichen, offenen Leitungsannoncen irgendwo anzukommen. Erst wenn der Neueingewanderte eine Reihe von Absagen und vergeblichen Besuchen hinter sich hat, wendet er sich direkt an die gewerblichen Agenturen, die für den Deutschen eine ganz fremde Einrichtung sind. Private Personen, oft ziemlich üble Existenzen, die mit den Unternehmern in Verbindung stehen, vermitteln die Stellen und verlangen dafür bis ein Viertel des ersten Monatslohnes als Gebühr. Es gibt zwar auch eine amtliche Stellenvermittlung der Stadt und des Staates New York, die selbstverständlich unentgeltlich sind, doch fehlen ihnen die Angebote, und immer wird man wieder weggeschickt. Nicht viel besser ist am Anfang bei den sogenannten "private agencies", die sogar für die verschiedenen Berufe spezifiziert sind. Da vor allen Dingen Empfehlungen von amerikanischen Firmen und die gründliche Kenntnis der englischen Sprache verlangt werden, tritt das "greenhorn" gegenüber seinem Konkurrenten, der meist schon eine jahrelange Erfahrung hat, zurück. Wenn dann ein paar Wochen vergangen sind, sitzt der Frischgekommene, der hier das Land der unbegrenzten Möglichkeiten suchte, finanziell auf dem Trockenen.

Mittlerweile hat er aber gehört, dass für gewisse ungelernte Beschäftigung immer Nachfrage und Aussicht auf Unterkommen ist, und so beginnt der Leidensweg nach der Sechsten Avenue, wo die Aermsten der Armen ihre letzten Ersparnisse für eine neue Anstellung als Portier, Hausdiener, Geschirrwäscher oder sonstige Hilfsarbeiter hergeben müssen. Zwar nur einen Häuserblock von der eleganten "Fifth Avenue" entfernt, ist diese Strasse doch ihr gerades Gegenteil. Zwischen den Vergnügungsstätten des Broadway und den umliegenden grossen Kaufhäusern rattert hier schmutzaufwirbelnd die Hochbahn hindurch. Unzählige fliegende Händler haben ihren Stand in den alten Baracken zwischen den neuen, himmelaufregenden Wolkenkratzern, und an den Vormittagen kann man ganze Schwärme schlechtgekleideter Männer und Frauen vor schwarzen Tafeln stehen sehen, an denen einige weisse Zettel mit den offenen Stellenangeboten befestigt sind. In allen Sprachen schwirrt es hier durcheinander, als wenn der grosse Aufsaugepott New York hier seinen Satz entleert hätte. Schwarze in allen Schattierungen bis zum Mischling, Chinesen, Japaner und Europäer, von den Russen bis zum Italiener, alle auf der Suche nach Arbeit, auf der Hetze nach einem "job".

Vielversprechende Namen und Ankündigungen locken den meist schon halb Verzweifelten an: Reliable Employment Agency, darunter: hier wird deutsch ge-

sprochen. Mutig steigt man die dunklen Stufen in dem alten Gebäude hinauf und kommt in einen Warteraum, wo schon Dutzende im Zigarettenqualm herumsitzen und warten... Schliesslich wagt man sich an den Schalter heran und bringt seine Bitte vor, irgendwelche Arbeit zu bekommen. Meist hat dann der Vermittler schon eine Stelle auf Lager, die er dem Unerfahrenen andrehen will. Entweder handelt es sich dabei um ganz miserabel bezahlte, zwölfstündige Nacharbeit oder um den grössten Trick, der folgendermassen vor sich geht: man erhält eine Adresse, pilgert hin und wird wieder weggeschickt, da der Inhaber des Geschäftes von überhaupt nichts weiss. Vorher hat man natürlich die Gebühr entrichten müssen. Schliesslich ist man dann froh, in irgend einer kleinen Bude angenommen zu werden. Der Vormann zeigt die Arbeit: man gewöhnt sich ein und ist glücklich, wenigstens eine Beschäftigung gefunden zu haben. Nach vier oder fünf Tagen erklärt einem auf einmal der boss, er könne einen nicht mehr gebrauchen, und zahlt das schwer verdiente Geld aus, das kaum so viel ausmacht, als man auf der Agentur bezahlt hat. Wütend geht man nach dort zurück, doch achselzuckend wird einem erklärt, dass laut Gesetz nur bis zu drei Tagen Beschäftigung das Geld zurückgezahlt wird. Das Büro und der Arbeitgeber stecken eben unter einer Decke und der arme, gepeinigte Arbeitslose ist der Leidtragende. So wurde vor kurzem von einer erregten Menge derart Geschädigter eine solche Schwindleragentur gestürmt; die Besitzer wurden auf die Strasse gezerrt und nur unter dem Schutze der Polizei vor dem Lynchen bewahrt. An dieses Vorkommnis schloss sich eine Diskussion über die Uebelstände in der Presse an, und auch die amerikanische Gewerkschaftsorganisation, die American Federation of Labor, wandte sich entschieden gegen diese Gaunerei. Diese Agenturen bezahlen jedoch hohe, für den Stadtsäckel unentbehrliche Lizenzgebühren, und bei der reinen Interessenpolitik der amerikanischen Stadt- und Regierungsstellen wird deshalb trotzdem alles beim alten bleiben.

Schlauer geworden, nimmt der Geprellte das nächste Mal nur Arbeit bei einer Vertrauen erweckenden Unternehmen an und kann sich als Geschirrwäscher oder Küchenhilfe gerade über Wasser halten. Etwas besser ist schon die Stellung als "busboy": das sind diejenigen, die in den Selbstbedienungsrestaurants das Geschirr wegtragen. Wer dann noch genügend Englisch versteht und geschicktes Einpassungsvermögen besitzt, kann schliesslich auch Kellner werden und damit schon eine der angeseheneren, besser bezahlten Stellungen erhalten. Die Löhne betragen bei einem Aufwäscher und busboy bis zu 20 Dollar die Woche, bei freiem Essen und zwölfstündiger, siebentägiger Arbeitszeit. Das ist jedoch die Höchstgrenze; oft gibt es auch nur 13 bis 15 Dollar, wovon schon mindestens 5 Dollar für Zimmermiete abgehen. An die Kosten für Verheiratete garnicht zu denken. Der klägliche Rest langt gerade noch für Kleidung und sonstige ganz dringende Bedürfnisse.

Dem aufwärts strebenden, vorgebildeten Europäer werden diese Verhältnisse kaum zusagen. Hinzu kommt noch die dauernde Unsicherheit. Jeden Tag kann man entlassen werden, und für den Krankheits- oder Invaliditätsfall gibt es keinerlei soziale Versicherung. Wer sich nach etwa einem Jahre einigermaßen eingelebt hat und die Sprache ein wenig beherrscht, wird sich wieder nach einer anderen Beschäftigung möglichst in seinem Beruf umsehen. Für den gelernten Arbeiter, d.h. Handwerker, bestehen dann schon eher Möglichkeiten als für den Angestellten. Dieser und ebenso der Ungelernte wird sich auch in anderer Position in der Fabrik oder im Kontor kaum besser stellen. Mehr als 25 bis 30 Dollar die Woche wird er kaum verdienen, und wenn er Essen und Wohnung bezahlt hat, dann bleibt wieder genau so wenig übrig wie vorher. Nur, dass er jetzt bessere Arbeitsbedingungen hat und in der Regel "nur" 8 bis 9 Stunden zu arbeiten braucht.

Die Arbeit als Angestellter wird auch für Einheimische im allgemeinen sehr schlecht bezahlt, und die "white collar man", die Leute mit dem weissen Kragen, nehmen gegenüber dem gelernten Arbeiter eine zumindest finanziell untergeordnete Stellung ein. Nur wer sich durch sehr harte Arbeit und besondere Intelligenz und dem nötigen Glück hochschafft, kann in die Reihe der höheren

Angestellten einrücken, deren Gehalt je nach der Position unbegrenzt ist, bis zu den Millionen eines geschickten Präsidenten oder Juristen einer Firma. Das ist natürlich für den Eingewanderten noch viel schwieriger als für den gebürtigen Amerikaner, und für jeden, der nicht besonders qualifizierte und für Amerika geeignete Fähigkeiten mit hinüber bringt, ist dieses Land alles andere als das Paradies, für das es so oft von leichtsinnigen Reiselustigen ausgegeben wird.

Karl Möller.

---

Bibliothek auf Reisen.x

---

SPD. Ich wohne hochparterre in einer Gegend, die sich als besseres Verbrecherviertel einen fast internationalen Ruf erworben hat. Es ist ein beinahe gespenstischer Stadtteil: in der Dunkelheit fliegen grosse Steine durch die Luft; niemand sieht die werfende Hand; die Polizei promeniert nur tropfenweise an hellen, stillen Vormittagen durch die Landschaft und verschwindet bei Anbruch der Dämmerung wie ein Geisterhauch, ohne eine Spur zu hinterlassen. Trotzdem sitze ich abends oft Lampenschein am offenen Fenster, um zu arbeiten; den grellen Lichtschein der Deckenlampen, der wie ein Keil die Finsternis draussen spaltet, scheuen merkwürdigerweise die steinspendenden Hände aus einer nicht genau festzustellenden Dimension. Ich selber bin von ausser nicht sichtbar; ich hocke in voller Deckung hinter der Fensterbrüstung! Und nun kleckern die Gespräche der Eingeborenen ins Zimmer.

"Kiek mal, so vülle Biecher! Der hat woll ooch nischt zu tun wie den ganzen Tach Romane lesen!"

"Wenn der mit'n Biecherschrank offstockt, kommt a durch de Decke."

"Wat braucht der sonne Menge Schmöker? Da misst ma mal uffräumen. Mit de Hälfte hätt a ooch jenuch."

Das ist bloss der Neid. Aber nun kommen die Bilderstürmer.

"Da son paar Klamotten riñ!"

"Benzin rieber und anjestochen! Der is ooch bloss von de Volksverdummung!"

Und so geht das weiter. Aber von der Theorie zur Praxis ist manchmal ein weiter Schritt; ich habe wenig Sorge um meine Bücher. Viel gefährlicher sind meine guten Bekannten.

Da ist Else, ein liebes, gutes Mädchen. Sie fuhr eines bösen Tages nach Polen und benötigte für die lange Fahrt eine auskömmliche Lektüre. Ich packte ihr ein Paket Bücher ein, die jetzt im Ausland sicherlich eifrig deutsche Kulturpropaganda treiben. Von Zeit zu Zeit sehe ich Else wieder, und jedesmal sagt sie dann in wohlwollendem Tonfall: "Ich glaube, ich habe in Polen noch Bücher v dir. Ich muss mal daran denken, wenn ich wieder drüben bin".

Ein gutherziges Mädchen! Sie will mich um alles in der Welt nicht berauben. Aber sie vergisst ganz, dass ihre Schwester, die sie früher in Polen besucht hat, jetzt nach Argentinien verheiratet ist. Und ich finde, es lohnt sich nicht, um ein paar Bücher nach Südamerika zu fahren.

Auch auf Zeitungsredaktionen geniesst ein Teil meiner Bücherei Gastfreundschaft. Die Werke, die ich dorthin brachte, damit ihnen Illustrationen für meine Aufsätze entwendet würden, haben sicherlich Anklang gefunden. Ich vermisse sie fast gar nicht, denn ich habe noch die Schutzkartons zu Hause, und im Schranke sieht das aus, als wenn die Bücher gelbst da stünden. Wenn ich aber doch wirklich einmal etwas in ihnen nachsehen muss, so bestelle ich sie in der Staatsbibliothek; das dauert nur wenige Wochen, denn sie sind meistens verliehen, und dann brauche ich sie nicht mehr. Ich spare also eine Menge Arbeit.

Am nettesten waren meine Freunde Gräser und Kurzhals. Sie liehen sich so lange Bücher von mir, bis sie den Grundstock zu einer wissenschaftlich

einwandfreien Sammlung fertig hatten. Um die Sache abzurunden, kamen sie eines Tages, als ich nicht zu Hause war, packten noch ein paar wertvolle Exemplare ein und hinterliessen einen Brief, der mit der herzlichen Anrede "Alter Sack" begann und mit der Mitteilung endete, dass und was sie mitgenommen hätten. Sie sind offenbar ungehalten darüber gewesen, dass ich nicht zu Hause war, denn sie haben sich seitdem nicht mehr blicken lassen. Wir korrespondieren allerdings noch miteinander, aber etwas einseitig; das heisst: ich schreibe alle halbe Jahre einen Brief, damit keine Verjährung eintritt, und bitte um die Rückgabe der kleinen Hausbibliothek, und die beiden Herren sind ernstlich böse und antworten nicht. Ich fühle mich sehr beschämt. Ich hoffe, sie werden es meine Bücher nicht entgelten lassen, was ihr früherer Besitzer sich hat zu Schulden kommen lassen.

Neulich habe ich einmal zusammengerechnet, dass an Büchern von mir ein Wert von einigen hundert Mark unterwegs ist. Daraufhin habe ich versucht, eine Hypothek auf diese Reisebibliothek aufzunehmen, und zwar bei einem meiner Verleger, nachdem er mir gewohnheitsmässig einen Vorschuss abgeschlagen hatte.

Er sah mich vernichtend an. "Eine Hypothek auf Bücher?" antwortete er schliesslich, nachdem die Wehen eines leichten Schlaganfalls ihn gestreift hatten. "Ausgeschlossen! Voll-kom-men aus-ge-schlos-sen! Bücher sind das Wertloseste, was es gibt. Glauben Sie mir als Fachmann! Oder meinen Sie, ich würde mir sonst solche Mühe geben, das Zeug zu zehntausenden Exemplaren loszuwerden?"

Curt Biging.

---

### Ein Film gegen den § 218.

---

SPD. Noch immer geht in Deutschland die Bühne dem Film an Wagemut voran. "Cyankali" von Friedrich Wolf ist erst verfilmt worden, nachdem es als Bühnenstück Sensation gemacht hat. Der Verfasser, praktischer Arzt in Stuttgart, konnte am Tage der Berliner Uraufführung, die bezeichnenderweise nicht in den üblichen Aufführungstheatern des Westens, sondern im Scheunenviertel, in nächster Nachbarschaft der "Volksbühne", stattfand, ein paar pikante Einzelheiten aus der Geschichte seines Dramas mitteilen. Zuvor wies Magnus Hirschfeld die Einwände der Anhänger des Paragraphen, die bevölkerungspolitischen, ethischen und medizinischen, die "von Moses bis Mussolini" vorgebracht worden sind, zurück. Die Reaktionäre wollen das menschliche Leben respektiert wissen - aber wo war dieser "Respekt" während des Krieges? Ueberhaupt: was soll diese Phrase angesichts der Tatsache, dass etwa eine Million Abtreibungen jährlich in Deutschland erfolgen, von denen 10 000 für die Mütter tödlich verlaufen und 50.000 dauernde Gesundheitsschädigungen zur Folge haben!

Und mit welchen Waffen kämpfen die Sittlichkeitswächter gegen die wahren Menschenfreunde! In Danzig wurde eine Bierflasche auf die Bühne geworfen, die die Hauptdarstellerin beinahe verletzt hätte; ausserdem arbeitete man nach bewährten völkischen Methoden mit Stinkbomben und Lachgas. In Basel wurde der Bühneneingang nach der Vorstellung von einer wütenden Meute belagert, die schrie: "Wir wollen die Hure rollen!" Und der Münchner "Staatsanzeiger" empfahl die Wiederholung dieser Methoden gegen den "Berliner Arzt". Der "Bayerische Kurier" operierte mit Argumenten wie "Schickt Gott ein Häsele, so schickt er auch ein Gräsle", und erwirkte schliesslich das Verbot der Aufführung durch die Polizeidirektion der bayrischen "Ordnungszelle". Der Magistrat der polnischen Stadt Lodz, wo es ebenfalls zu einem Theaterskandal kam, stellte an Wol drei hochnotpeinliche Fragen: 1.) "Sind sie Sozialdemokrat?" 2.) "Haben Sie schon selber Abtreibungen vorgenommen?" und 3.) "Haben Sie schon im Zuchthaus gesessen?"

Der Film selber hält sich eng an die Ereignisse des Dramas. Er ist künstlerisch nicht unanfechtbar, weil er das Tonfilmprinzip nicht durchführt, sondern sich die Rede auf ein paar späte Höhepunkte aufspart. Man hätte ihn, entweder stumm oder redend durchführen müssen. Auch wird die Anlehnung an das stärkere Werk von Piel Justi, "Mutter Krausens Fahrt ins Glück", sehr deutlich. Das hindert aber nicht, dass in eindrucksvollen Bildern, dank einer sorgfältigen Regie, und vor allem dank der Verkörperung des weiblichen Opfers des Mordparagrafen durch Grete Mosheim, eine erschütternde soziale Tragödie sich abrollt. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Klassenjustiz werden als Motive klar herausgearbeitet. Eine scharfe, erbitterte Anklage ohne alle Vorbehalte und Kompromisse, wie sie die deutsche Produktion sonst für nötig erachtet. Eine amerikanische Firma, Fox, hat den Verleih übernommen. Eine deutsche Gesellschaft scheint sich für diese Kulturarbeit nicht gefunden zu haben.

-er.

---

SPD. Planetenjäger.<sup>x</sup> In unserm Sonnensystem gibt es zwischen den beiden grossen Planeten Mars und Jupiter eine Unmenge ganz kleiner Weltkörperchen, die sogenannten kleinen Planeten oder Planetoiden, von denen man jetzt schon weit über 1000 kennt. Das Suchen nach diesen kleinen Brüdern der Erde, das besonders durch die Einführung der Himmelsphotographie sehr erleichtert wurde, hat sich zu einer Art astronomischem Sport ausgebildet, sodass man einige besonders glückliche Planetenentdecker unter den Astronomen scherzhaft als Planetenjäger bezeichnet. Als die Erfolgreichsten in diesen himmlischen Jagdgründen gelten Charlois in Nizza und der hervorragende Heidelberger Astronom Max Wolf, von denen jeder annähernd 100 kleine Planeten entdeckt hat. Die Brüder Henry haben auf der Pariser Sternwarte vom 11. September 1872 bis zum 12. August 1882, also in weniger als 10 Jahren, 14 Planetoiden entdeckt. Auch heute noch werden sehr häufig kleine Planeten entdeckt, sodass die genaue Zahl der bisher bekannten winzigen Weltkörper nur sehr schwer festzustellen ist.

---

SPD. Clemenceaus Grab ein - Ausflugsort.<sup>x</sup> Die letzte Ruhestätte des "Tigers" liegt in Mouchamps. Der dortige Magistrat fasste im Einverständnis mit dem örtlichen Fremdenverkehrsverein den ehrenwerten Entschluss, unverzüglich mit dem Bau einer bequemen Autostrasse zu beginnen, um die zeitgemässe Beförderung der Besucher zu ermöglichen. Bisher hat der weltverlassene kleine Ort keine Autostrasse gebraucht. Man hatte eben leider noch keine lokale Sehenswürdigkeit. Nun ist aber der Zeitpunkt gekommen, wo der Fremdenverkehr einen unerhörten Aufschwung nehmen müsste: Es ist schliesslich keine Kleinigkeit, Clemenceaus Grab bewundern zu können. Wo überdies genügend Hotels und Restaurants mit guter Küche und gepflegten Getränken dem Publikum zur Verfügung stehen. Demnächst werden (so entrüstet sich mit Recht die Pariser Presse) bunte Plakate in den Luxushotels aushängen mit der freundlichen Einladung: "Besucht Clemenceaus Grab! Gesellschaftsfahrten mit gefederten Autobussen. Abfahrt 2 Uhr, Rückfahrt 6 Uhr. Nur 20 Franken pro Person!"...

---

SPD. Ein mittelalterlicher Klostergrabkeller wurde bei Fundamentierungsarbeiten in der holländischen Stadt Arnhem am Rhein ausgegraben. Es handelt sich hier um die Überreste eines alten Karthäuserklosters, die auf Wunsch der Altertumskundigen erhalten bleiben sollen.

---

# Deutscher Reichstag

172. Sitzung vom 24. Mai 1930.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichspostministeriums.

Reichspostminister Dr. Schätzel bezeichnet das verflossene Geschäftsjahr der Post als ein Jahr der Konsolidierung. Die Reformen in Verwaltung und Betrieb sollen weiter geführt und zu einem Abschluss gebracht werden. In der Verwaltung erstreben wir weitestgehende Dezentralisierung des Geschäftsverkehrs. Die Mechanisierung des Betriebes ist gesteigert, die Zahl der Maschinen wesentlich vermehrt worden. Daneben pflegen wir die Normisierung und Vereinfachung. Die Reichspost ist eng verflochten mit der deutschen Wirtschaft, sie hält enge Fühlung mit ihren Vertretungen. Der Briefverkehr zeigt einen leichten Rückgang, dagegen haben der Postscheckverkehr und namentlich der Funktelegrammverkehr stark zugenommen. Im allgemeinen bleibt die Steigerung des Gesamtverkehrs hinter der des Rechnungsjahres 1928 zurück. Als erster Staat in Europa haben wir Luftpostlinien eingeführt, die im Westen bis Sevilla, im Osten bis Konstantinopel gehen. Der Rundfunk hat auch im Jahre 1929 seinen Aufstieg fortgesetzt. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer ist auf 3,2 Millionen gewachsen gegen 2,8 Millionen im Vorjahre. Die Bemühungen auf dem Gebiet des Fernsehens sind soweit gediehen, dass wir allmählich zu einer den praktischen Bedürfnissen durchaus angemessenen Einrichtung kommen werden. Im Fernsprechwesen ist die Automatisierung der Ämter weiter ausgebaut worden.

Abg. Mentzel (Dn) erklärt, seine Freunde würden sich jeder Gebührenerhöhung im Post- und Telegraphenverkehr widersetzen. Der Rückgang des Verkehrs sei ein Beweis für die Notlage der Wirtschaft. Diese notleidende Wirtschaft könne eine Gebührenerhöhung nicht tragen. Der Rundfunk dürfe nicht parteipolitisch ausgenutzt werden.

Abg. Schuldt-Steglitz (Dem) führt aus, die an das Reich abgeführten Überschüsse der Reichspostverwaltung könnten nicht als wirkliche Betriebsüberschüsse betrachtet werden. Es sei zu begrüßen, dass die Reichspost viel enger mit dem Reich verbunden sei als die Reichsbahn.

Abg. Seppel (Soz) wünscht stärkere Beteiligung der schlesischen Industrie an den Aufträgen und Lieferungen der Post- und Telegraphenverwaltung. Für die Beamten-Uniformen sollten nur deutsche Tuche verwandt werden. Das Postpersonal sei überlastet. Die 48 Stunden-Arbeitswoche müsste sich auch im Postbetrieb durchführen lassen. Die viele Jahre bei der Post beschäftigten Helfer sollten in grösserer Zahl ins Beamtenverhältnis überführt werden. In Schlesien hat ein Postdirektor lebhaft für das Volksbegehren agitiert und in der von ihm geleiteten Versammlung Beleidigungen der Regierung zugelassen, ohne dass der Minister in diesem ihm bekannten Fall eingeschritten ist. Die nationalsozialistische Betätigung von Postbeamten und Helfern erschüttert das Vertrauen zur Reichspost. Andererseits drücken sich manche leitende Beamten von der Teilnahme an der Verfassungsfeier. Der Postminister sollte nach dem Beispiel des Wehrministers eine Verfügung erlassen, dass Helfer und Angestellte, die sich nationalsozialistisch betätigen, nicht im Postdienst beschäftigt werden können.

Abg. Gross (Ztr): Hinsichtlich der politischen Meinungsfreiheit des Personals teile ich nicht die Auffassung des Abg. Seppel. Im Rundfunkwesen macht sich eine gewisse Cliquenwirtschaft bemerkbar. Der Minister sollte auf die Personalpolitik der verschiedenen Rundfunkgesellschaften ein wachsames Auge haben.

Abg. Torgler (Komm) wirft dem Minister vor, er habe die Konsolidierung und die Rationalisierung bei der Deutschen Reichspost auf Kosten des Personals durchgeführt.